

Preis: im täglich...
Wochenspreis: ...
Monatspreis: ...
Halbjahrespreis: ...
Jahrespreis: ...

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Krämpfer Straße 50, Telefon 560 89.
Postkonto: Breslau 54, Rebellien; Breslau, Krämpfer Straße 50, Telefon 239 02.
Verlagsort: Breslau, Krämpfer Straße 50, Telefon 239 02.
Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck: „Neubau“ Berlin, S. 11, Breslau, Krämpfer Str. 50.

Zum Schandurteil gegen Genossen Dengler-Görlitz Einige Fragen an den Staatsanwalt

Breslau, 18. März.

Das Reichsgericht verurteilte den Genossen Dengler aus Görlitz zu einem Jahr und neun Monaten Zuchthaus, weil bei einer Hausdurchsuchung in seinem Keller Sprengstoffe gefunden wurden, die offensichtlich durch reaktionäre Provokateure dorthin gebracht wurden. Dieses Terrorurteil veranlaßte uns, einige Fragen an die Staatsanwaltschaft zu richten.

Wann kommen die Hochverrats- und Sprengstoffprozesse gegen folgende reaktionäre Munitions- und Waffenbesitzer:

Den Rechtsorganisationen nahestehenden Kaufmann und früheren Reichswehrmajor M. Müller in Görlitz, bei dem ein Waffen- und Munitionslager ausgehoben wurde.

Den Plantagenwirt Peters in Glogau, bei dem sechs Gewehre beschlagnahmt wurden.

Den Stadtverordneten und Stahlhelmsmann Richard Scheibler in Piegau, bei dem ein Waffen- und Munitionslager zur militärischen Ausrüstung von etwa 50 Mann gefunden wurde.

Den deutschnationalen Gutbesitzer Busch-Petersen im Kreise Stallupönen, bei dem 25 Kilo Sprengstoff und mehrere Sprengkörper gefunden wurden.

Das Stahlhelmsmitglied Eckert in Düsseldorf, bei dem eine schiefgeladene Granate mit Zünder gefunden wurde.

Den Baummeister Schmidt in Berlin, Friedrichstraße 128, bei dem ein größeres Lager von Waffen und Munition ausgehoben wurde.

Den Polizeioberwachmeister a. D. Neutter, Mannheim, bei dem 1000 Schuß Munition gefunden wurden. Bei ihm war es bereits der zweite Waffenfund. Aenderthalb Jahre vorher war er wegen eines größeren Waffen- und Munitionslagers zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Den Fabrikanten Weuhle in Wodnem, bei dem 20 Gewehre, 18 Karabiner, 2 Maschinenpistolen und rund 25 000 Schuß Munition gefunden wurden.

Den Landwirt Lingemann in Schneiditz, bei dem 180 Gewehre gefunden wurden.

Den Landwirt Wolters in Vollerheim, bei dem ein leichtes Maschinengewehr, vier- und Stielhandgranaten, mehrere Rifen Maschinengewehrzubehörite und 2 Kisten mit je 150 Schuß Munition gefunden wurden.

Die Hamburger Nationalsozialisten, bei denen ein Maschinengewehr, 6-Fliegermaschinengewehr, verschiedene Zubehörite, 21 Gewehre, 14 Pistolen, 3 Handgranaten mit Aufhänger, 6216

Der deutsch-polnische Zollkrieg

Von Remo

Wir entnehmen diesen Artikel der soeben erschienenen Nr. 5 der „Internationale“

Für die wirtschaftliche und politische Stabilisierung des heutigen Kapitalismus ist es recht bezeichnend, daß zwischen zwei ökonomisch sich gegenseitig ergänzenden Nachbarländern schon dreieinhalb Jahre lang ein Wirtschaftskrieg geführt wird, wie er in der Geschichte der modernen Handelskriege wohl einzig dasteht. Allerdings, die Pestigkeit und Langwierigkeit dieses Handelskrieges wären unerklärlich, wenn seine eigentliche Ursache nicht in tiefen politischen Differenzen zu suchen und zu finden wäre. Obwohl Polen und Deutschland als gleichberechtigte Mitglieder im Völkerbund und seinem Rat sitzen und darüber hinaus durch Locarno-Vertrag und Kellogg-Pakt verbunden sind, herrscht zwischen ihnen ein politischer Gegensatz, dessen Austragung durch Waffengewalt lediglich im Interesse einer einheitlichen Antisowjetfront verhindert wird. Durch den „friedlichen“ Handelskrieg verurteilt Deutschland den neuen polnischen „Erbfeind“ wenigstens

Die Mitglieder der Orga in Glogau, bei dem ein Waffenlager, bestehend aus schweren Maschinengewehren, 63 Militärgewehren, 18 Karabinern, 48 Rifen Maschinengewehrmunition und einigen Holzrifen Gewehrmunition beschlagnahmt wurden.

Mehrere Mitglieder der Orga in Glogau, bei dem ein Waffenlager, bestehend aus schweren Maschinengewehren, 63 Militärgewehren, 18 Karabinern, 48 Rifen Maschinengewehrmunition und einigen Holzrifen Gewehrmunition beschlagnahmt wurden.

Es wäre ein großer Irrtum anzunehmen, daß die Arbeiterklasse an diesem „unblutigen“ Handelskrieg keinerlei Interesse habe, daß er nur eine Sache der herrschenden Klasse sei. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wie in einem jeden imperialistischen Krieg nur die werktätigen Massen auf die Schlachtbank getrieben und geopfert werden, so versteht die herrschende Klasse auch ihre „friedlichen“ Handelskriege nur auf Kosten der werktätigen Schichten zu führen. Die arbeitenden Massen Deutschlands sind es, die ostelbischen Profitinteressen zu liebe höhere Preise für Fleisch und landwirtschaftliche Erzeugnisse bezahlen müssen. Und die arbeitenden Massen Polens sind es, die im Profitinteresse polnischer Industrieherrn auf billigere und ausreichendere Befriedigung ihrer Lebensbedürfnisse verzichten müssen. Der Ausbruch des Zollkrieges brachte eine schwere Schädigung der polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit sich. Man hat berechnet, daß durch den Verlust des polnischen Marktes 100 000 Arbeiter allein in Deutschland brotlos wurden.

1,5 Millionen für Gtriegau gefordert

Kommunistischer Antrag im Landtag

Berlin, 18. März. In einem kommunistischen Antrag der Genossen Wollweber, Schwenk und der übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion wird auf die besondere Notlage der Stadt Gtriegau (Schlesien) hingewiesen, in der bei einer Einwohnerzahl von 14 143 zurzeit 4000 Erwerbslose vorhanden sind. Notwendig sei daher eine umfangreiche Staatshilfe für die Arbeiterbevölkerung, die 90 Prozent der gesamten Einwohnerzahl, ausmache. Das Staatsministerium wird ersucht, für den Bau einer Volksschule und eines Altersheimes, für den Bau von Arbeiterwohnungen, für die dringend notwendige Neupflasterung wichtiger Verkehrsstraßen und für Sonderbeihilfen an langfristige Erwerbslose der Stadt Gtriegau zunächst einen Betrag von 1 500 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

men, der statt ein Viertel nur ein Fünftel der Anlage des Haushaltes 1929 festsetzt. Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, das Gesetz abzulehnen mit der Maßgabe, daß die Gehälter bzw. Löhne für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches fortgesetzt und die Heberhebung an Länder und Gemeinden nicht unterbrochen werden sollen, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Es muß festgelegt werden, daß auch die Deutschnationalen für den Notetat Silberdinge stimmten.

Roter Sieg in der Berliner Verkehrs-N.-G.

Berlin, 18. März. Gestern fanden die Betriebsrätemahlen in der Berliner Verkehrs-N.-G. statt, die einen Glanzserfolg der roten Gewerkschaftsopposition gebracht haben. Die Liste 4 (Gewerkschaftsopposition) hat die absolute Mehrheit aller abgegebenen Stimmen erhalten und damit eine Mehrheit von 17 revolutionären Kollegen gegen 13 des schwarzweihrofigen Blocks im Arbeiterrat dieses für Berlin entscheidenden Betriebes. In den drei getrennten Arbeiteräten (Untergrundbahn, Straßenbahn und Abzug) waren von etwa 70 Mitgliedern nur 17 Oppositionelle, etwa 25 Prozent. Bei den jetzigen Wahlen errang die Opposition 17 von 30, gleich 57 Prozent.

Die Kämpfe in Afghanistan Ein Rat der afghanischen Stämme

London, 17. März. Dem am Montag in der Nähe von Dschellalabad zusammentretenden Rat der bedeutendsten afghanischen Stämme der Schinwari, Mohmans und Kungianis wird große Bedeutung beigemessen. Nach Berichten aus Pamban hofft man, daß die kriegerischen Stämme in diesen Verhandlungen zu einer Beilegung ihrer eigenen Meinungsverschiedenheiten kommen und in der Frage der Neubefestigung des afghanischen Thrones zusammenarbeiten werden. Als Kandidat wird der Bruder Nadir Khan, Hakim Khan, genannt. Die afghanische Zentralstelle in Peshawar veröffentlichte gestern eine Erklärung, wonach zwei Flügelangehörige aus Kandahar in der Nähe von Dschellalabad mit dem Außenminister Amanullah eintrafen, dessen Aufgabe darin bestehen soll, die Mohmans für einen Angriff auf Kabul zu gewinnen. In verschiedenen Teilen des Landes haben nach Beendigung der Fastenzeiten die Grenzpostengepännel begonnen. Kandahar ist mit Schützengraben nach der Südseite hin befestigt. Man rechnet damit, daß Amanullah den Angriff eröffnen wird, da Habibullahs Armee von etwa 9000 Mann in Kabul wegen der steigenden Knappheit an Nahrungsmitteln und Geld Verzehungen

Ein Ermächtigungsgesetz für Silberding

Die Farce der Staatsberatungen

(Eig. Bericht.) Berlin, 16. März.

Am Sonnabend stand im Ausschuss des Reichstags der Notetat zur Debatte, der Anfang nächster Woche im Plenum verabschiedet werden soll, weil bekanntlich der Hauptetat nicht rechtzeitig genug herausgelommen ist. Dieser Notetat ermächtigt die Regierung, ein Viertel der Ansätze des Haushaltes 1929 in Angriff zu nehmen, mit anderen Worten rund 2,5 Milliarden Mark dieses zehn-Milliarden-Etats können von der Reichsregierung bereits bis Ende Juni verausgabt werden. Genosse Torgler wies darauf hin, daß die Annahme dieses Notetats bedeutet, daß ein Viertel aller Positionen in Angriff genommen werden könne, so daß also faktisch die in den letzten zwei Tagen im Plenum des Reichstags erörterten Erparungsmaßnahmen von vornherein illusorisch gemacht werden. Es ist klar, daß insbesondere das Reichswehrministerium von dieser Ermächtigung weitestgehenden Gebrauch machen wird. Kommen nachher Anträge auf Erparung, dann wird der Minister darauf hinweisen, daß in Angriff genommene Bauten oder für andere Zwecke bereits zu einem Viertel aufgewandte Gelder nicht rückgängig gemacht und keiner Erparung unterworfen werden können. Die kommunistische Fraktion kann daher diesem Gesetz nicht zustimmen, zumal sie ein Vertrauen zu dieser Regierung hat und in schärfstem Kampfe u ihr steht. Wird der Notetat angenommen, dann bedeutet die Staatsberatung im Plenum nur noch eine Farce zur Täuschung der betrogenen Wähler.

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde ein Antrag angenom-

... zum Beispiel die Grenzregulierung, grund-
sätzlich aufzugeben.
An dem Kampf um den Zolltarif war vor allem die gesamte
deutsche Fertigungsindustrie interessiert, für die der polnische
Abzinsmarkt unentbehrlich ist. Polen führt nur wenige
Warenkategorien aus, ist aber gezwungen, fast seinen ganzen Bedarf
an Halb- und Fertigfabrikaten zu importieren. Die Sperrung der
deutschen Grenze für polnische Agrarprodukte konnte Polen daher nur
mit der Einschränkung von Kampfstoffen auf industrielle Erzeugnisse
Deutschlands beantworten. Nach der letzten polnischen Zollvorlesung
steht Polen nach der Höhe seiner Zollsätze an zweiter Stelle aller
Staaten der Welt. Die polnischen Zollsätze betragen heute durch-
schnittlich 43 Prozent des Warenwertes. Bei Maschinen stellt sich dieser
Satz sogar auf 70 Prozent. Die Forderung der deutschen Delegierten
auf Herabsetzung der Zölle um ein volles Drittel wurde von Polen
entschieden abgelehnt. Weder Deutschland noch Polen hatten sich an
die Beschäfte der Genfer Weltwirtschaftskonferenz, die den Grundgedanken
der gegenseitigen freien Einfuhr aufstellte. Polen beruft sich zwar auf
die Genfer Konvention und verlangt die freie Ausfuhr von Kohle,
Schweinen und Fleisch, gleichzeitig aber will es seine Industrie
schützen und denkt nicht daran, wesentliche Zollzugeständnisse einzuräumen.
Und Deutschland? Nun, auch der „Vormarsch“ erklärt offen
(S. 10. 23): „Selbst wenn Polen seine zahlreichen Einfuhrreglemente
regelungen auch abschaffen würde, kann Deutschland seine wesentlichen
Einfuhrverbote nicht vorbehaltlos aufgeben.“

Der Kampf um das Kohlenkontingent

Bildete den unmittelbaren Anlaß zum Ausbruch des deutsch-polnischen
Zollkrieges. Bekanntlich war Deutschland durch das Genfer Abkommen
drei Jahre lang verpflichtet, jährlich 500 000 Tonnen polnische Kohle
zollfrei einzuführen. Mit dem Ablauf dieser Verpflichtung im Juni
1926 wurde die deutsche Grenze für polnische Kohle sofort und lücken-
los gesperrt. Schon im Jahre 1925 konnte der deutsch-oberösterreichische
Stemmelbergbau Förderung und Inlandsabzug um 500 000 Tonnen
steigern. Welch gewaltige Bedeutung das zollfreie Kohlenkontingent
für Polen hatte, ist daraus ersichtlich, daß Deutschland nach im ersten
Halbjahre 1925 über 57 Prozent der gesamten polnischen Kohlenaus-
fuhr aufnahm. Das Interesse der deutschen Erubenbarone am Zoll-
krieg war daher verständlich. Heute besteht kein Zweifel darüber, daß
Deutschland zur Aufhebung der Sperre für polnische Kohle gezwungen
wird. Die polnische Forderung belief sich seinerzeit auf 350 000
Tonnen, während Deutschland nur 200 000 Tonnen bewilligen wollte,
ein Kontingent, das noch erheblich heraufgehoben werden dürfte.
Die Hauptschwierigkeit für den Abschluß eines Handelsver-
trages, an der in erster Linie auch die letzten Verhandlungen scheiterten,
bildet

Der Kampf um das Schweinekontingent

An der Spitze dieses Kampfes steht die deutsche Landwirtschaft mit
ihrem Führer Dr. Herms, der als deutscher Verhandlungsleiter
nichts unberücksichtigt ließ, um die Interessen der Großagrarier zu ver-
treten, d. h. den Abschluß des Vertrages zu verhindern. Nicht nur die
gesamte polnische Presse, sondern auch die deutsche Industrie- und
Handelspresse hat aus durchsichtigen Gründen die Abberufung Herms
als Delegationsführer gefordert.

Es ist hier unmöglich, den langwierigen „Kampf um das polnische
Schwein“ zu schildern. In jedem Fall hat Deutschland auch in dieser
Frage, in der es den hartnäckigsten Widerstand leistete, wiederholt
nachgeben müssen. Die Grundlage für die letzten Septemberverhand-
lungen bildete das Stresemann-Jackowski-Protokoll, laut dem Deutsch-
land Polen ein Jahreskontingent von 200 000 Doppelpentnern frischen
Schweinefleischs mit der Einschränkung bewilligte, daß dieses Fleisch
nicht auf den freien Markt kommen, sondern an Fleischfabriken geliefert
werden solle. Außerdem wurde die uneingeschränkte Einfuhr ver-
arbeiteten Schweinefleischs zugelassen. Demgegenüber bestand Polen
auf einem Einfuhrkontingent bis zu 600 000 lebenden Schweinen, auf
unbeschränkter Einfuhr von Schweinefleisch sowie auf Befreiung des
Verwendungskontingentes. Der polnische Standpunkt ist klar: Polen
will als Agrarland hauptsächlich seinen landwirtschaftlichen Export
fördern. Und da es imstande ist, jährlich etwa 1,5 Millionen Schweine
zu exportieren, kämpft es vor allem um Absatzmärkte für sein Vieh.
Polen glaubt, seinen Willen Deutschland um so mehr aufzwingen zu
können, als die deutsche Fertigungsindustrie auf den Export nach Polen
lebenswichtig verzichtet kann.

Ebenso klar ist der Standpunkt der deutschen Großagrarier, die
daran interessiert sind, die Einfuhr billiger polnischer Schweine zu ver-
hindern, um die Preise für ihre eigenen „nationalen“ Erzeugnisse
immer höher schrauben zu können. Das Argument der Großagrarier,
die polnischen Schweine würden den deutschen Markt überfluten, ist
eine bewährte Täuschung der Öffentlichkeit, denn das von Deutschland
bewilligte Kontingent von 200 000 Schweinen stellt gerade ein Prozent
des gesamten deutschen Schweineverbrauchs dar. Tatsache ist, daß die
Einfuhrsperrung für die billigen polnischen Schweine zu einer ununter-
brochenen Steigerung der Schweinefleischpreise in Deutschland geführt
hat, so daß die breite Konsumentenmasse die Manöver der deutschen
Landwirtschaft schwer bezahlen mußte.

Noch plumper ist das zweite Argument, mit dem die groß-
agrarischen Führer, Herms und seine Delegation, die völlige Sperre
für lebende polnische Schweine begründen. Man hat auf einmal
herausgefunden, daß die polnischen Schweine den gesamten deutschen
Viehbestand verschlingen würden und man aus diesem Grunde lediglich
die Einfuhr geschlachteter Schweine gestatten könne. In Wirklichkeit
handelt es sich hier um einfache Schillerei, um die schwache Verteidigung
einer bereits als verloren erklärten Position. Ein jeder Laie weiß,
daß ein einfaches Veterinärabkommen genügt, um einer Seuchengefahr
wirksam begegnen zu können. Tatsächlich sind die Genfer Verhand-
lungen über eine internationale Veterinärkonvention bereits soweit
fortgeschritten, daß man damit rechnen, ein deutsch-polnisches Ab-
kommen nur noch als bloße Ausführungsbestimmung dieses allgemein
verbindlichen internationalen Vertrages formulieren zu müssen. Diese
Tatsache wurde von der gesamten deutschen Presse (mit einer einzigen
Ausnahme) verheimlicht.

Im gesamten bisherigen Verlauf des Zollkrieges spiegeln sich die
tieferen politischen Gegensätze nicht nur Deutschlands und
Polens, sondern auch die ganz Ozeuropas wider. Der deutsche
Imperialismus hätte z. B. für den Kampf um das Niederlassungsrecht
ein heftiges gewaltiges Opfer gebracht, wenn es sich hier nicht um die
für Deutschland eminent wichtige Frage der Grenzregulierung handelte.
Aus diesem Grunde hat Deutschland auch alle ersten Vorgänge im
Osten, insbesondere den polnisch-litauischen Konflikt, auszunutzen ver-
sucht, um seine Ziele zu erreichen. Als im Winter 1927 der polnisch-
litauische Konflikt besonders gefährliche Formen annahm, waren in
Deutschland partei Leiden vorhanden, den Danziger Korridor auf
Kosten Litauens zurückzugewinnen.

Der „Berliner Börsen-Courier“ (4. 12. 27) empfahl anlässlich der
jüngsten wieder angekündigten Handelsvertragsverhandlungen, ganze
Arbeit zu tun und die Verhandlungen zu beenden, um „schon jetzt
auch politisch für die Zukunft vorzuzurechnen“. Angesichts der polnisch-
litauischen Kriegsgefahr hätte Deutschland die wirtschaftliche Verbin-
dung mit Polen anzubahnen versucht, um, nach dem „Berliner Börsen-
Courier“, gerade jetzt eine Heberparade des gesamten ozeuropäischen
Kontinents zu erreichen. Gleichzeitig hätte das „Witauer Slawon“
Deutschland warbe, wenn es Bolschewismus unterdrücken wollte, die ein-

leitenden Rahmenabkommen zum Handelsvertrag mit Polen nicht an
dem Tage unterzeichnet haben, da Willkür mit den Ministern über
die litauische Frage konsultiert.“

Auch heute noch ist Deutschland bereit, den Abschluß des Handels-
vertrages als Einleitung normaler politischer Beziehungen auszu-
nutzen, worunter man die Regelung der Grenzen versteht. „Was zu
erstreben wäre“, schreibt Georg Bernhardt, „ist eine möglichst enge wirt-
schaftliche Verbindung, aus deren Wirksamkeit schließlich auch eine
Festigung der politischen Beziehungen herauszuwachsen könnte.“ Nach
Bernhardt bergen die Beziehungen Deutschlands zu den Westmächten
keinerlei Gefahren in sich. „Die Gefahren schlummern im Osten...
ein Zukunftsrieg, in den Polen verwickelt sein wird, könnte nur ein
europäischer Gesamtkrieg sein.“ Nach Bernhardt „bedeutet der deutsch-
polnische Handelsvertrag doch mehr als sonst wirt-
schaftliche Verträge zu bedeuten pflegen. Ein solcher
Handelsvertrag ist die Voraussetzung für eine langsame wirkliche Be-
friedigung der deutsch-polnischen Beziehungen.“ Hier kommt die aktive
Rolle des deutschen Imperialismus in der Antisowjetfront deutlich
zum Ausdruck.

Es ist keineswegs zu bestreiten, daß die polnische Verständigungs-
bereitschaft zum Abschluß des Handelsvertrages zugekommen hat. Die
von England und Frankreich vorläufig abgelehnte Garantie
eines Ost-Lozanos, die Beschränkung der Rheinland-Debatte auf die
Besatzungsmächte hat in Polen stark enttäuscht. „Muß es da nicht für
Polen nahe liegen“, meldet der Warschauer Berichterstatler der „Wos-
sischen Zeitung“, „die Entlastung an der polnischen Westgrenze, die man
durch alle Bemühungen in Paris, London und Genf nicht erreichte,
durch eine direkte Entspannung mit Berlin zu versuchen, für die der
Handelsvertrag der gegebene Anfang und die notwendige Voraus-
setzung wäre.“ Im selben Moment schreibt der polnische Mitarbeiter
des „Matin“, Korab-Rudarski, „Polen erwarte nach dem Sieg über den

Bolschewismus und nach dem Wirtschaftsaufbau sein drittes Wunder,
„die volle Einigung mit dem Westen und vor allem mit dem nächsten
Nachbarn, Deutschland.“

Wenn man zuseht erfährt, daß niemand anders als Willkür
eifrigster Befürworter des deutsch-polnischen Handelsvertrages ist, so
wird man erst den wahren Grund der polnischen Verständigungsbereit-
schaft verstehen:

Freie Hand im Westen bedeutet Willkür freie Hand im Osten!

Erst nach der Einigung mit Deutschland hat Willkür den Rücken
frei, um sich ungehindert in sein geplantes Abenteuer gegen die
Sowjetunion stürzen zu können. Allerdings, noch ist es bis zu
einer deutsch-polnischen Einigung über Derschesien, Danzig
und den Korridor nicht gekommen. Und die Luganer Rede Jastels
sowie der ihr folgende Faustschlag Stresemanns auf den Nationalkongress
erinnern daran, daß die Lösung des deutsch-polnischen Problems ein
noch immer schwebendes Glied in dem antisowjetischen Ring der
imperialistischen Großmächte ist.

Aber diese Lösung wird gefunden werden. Es handelt sich nicht
nur darum, daß Polen im Westen entlastet wird, um freie Hand für
einen Einsatz in die Sowjetunion zu bekommen, sondern vor allen
Dingen auch darum, daß durch Vereinfachung des deutsch-polnischen
Konflikts und auch durch dessen Ausnutzung der deutsche Imperialismus
in die Antisowjetfront völlig hineinmündert wird. Ebenso
wie die Reparationsfrage, wie der polnisch-litauische Konflikt
usw. ist auch der deutsch-polnische Gegensatz eine Frage,
die auf das engste mit dem Problem des imperialistischen Krieges
gegen die Sowjetunion verbunden ist. Mit dem Aufmarsch der euro-
päischen Imperialisten gegen den Sowjetstaat werden alle diese Fragen
„gelöst“ sein, d. h. von der Tagesordnung verschwinden.

Hilferding stiehlt den Arbeitern das Brot

Als zweiter Redner zum Etat der Koalitionsregierung sprach für
die kommunistische Fraktion am Sonnabend der

Rede des Genossen Neubauer

Wir finden im Etat des Herrn Hilferding dieselben Posten für
Subventionen an die Großindustrie wie in den Etats der Bürger-
blockregierung. Wir finden allein für die Flugzeugindustrie eine
Ausgabe in Höhe von 57 Millionen. (Hört, hört! bei den Komm.)
Heute legt uns Herr Hilferding einen Antrag auf den Tisch, in dem er
14 Millionen für die bankrotte Schicht-Werke fordert. Das Charak-
teristische an dem Etat des Herrn Hilferding ist, daß er weiter jene
ungeheuerliche Finanzpolitik treibt, die mit dem Bürgerblock vom
Jahre 1924 begann. Wir haben eine Steigerung der Ausgaben des
Reiches von 1925 bis 1929 von 7,5 Milliarden auf 10 Milliarden.
Diese zehn Milliarden werden aus den breiten Massen des wert-
tätigen Volkes herausgeholt. Man stiehlt den Arbeitern das Brot,
um diese ungeheuerlichen Lasten für den Reichsetat aufzubringen. Die
Regierung erklärt sich zwar bereit, nach den Vorschlägen der Volkspartei
und der Demokraten Abstriche zu machen, aber nach welcher
Richtung laufen diese Vorschläge? Sie verlangen nicht den Abbau
des Reichswehretats oder anderer arbeitserheblicher Positionen, sie
gehen auf den Abbau der Sozialausgaben hinaus. In der Denkschrift
des Finanzministeriums fordert man Abstriche vom Arbeitsministerium in
Höhe von 268 Millionen. (Hört, hört! bei den Komm.) Bereitwillig
wird man aber akzeptieren, daß Herr Hilferding in den Etat alle
Summen für Repräsentationskosten, die der Bürgerblock eingeseht hat,
wieder übernommen hat. Ja, selbst die Wochensatz in München bleibt
aufrechterhalten. Im Augenblick sehen wir eine ständig fortschreitende
Steigerung der Ausgaben. Wilhelm von Hohenzollern konnte seine
imperialistische Politik und seine großartigen Expansionspläne mit
20,5 Millionen Reichsmark im Augenblick durchführen. Der Bürgerblock
war im vorigen Jahre auf 60 Millionen angekommen. Herr Hilferding
überbietet auch hier den Bürgerblock und verlangt 67 Millionen.
(Hört, hört! bei den Kommunisten.)

Abbau des Sozialletats!

Charakteristisch für diese Regierung ist auch der Sozialletat.
Der Gesamtetat des Reichsfinanzministeriums Willkür ist um 43 Millionen
geringer als der Etat des Bürgerblocks beim Arbeitsministerium.
Für Erwerbslosenunterstützungen sind nur 50 Millionen mehr ein-
geseht, obwohl die Erwerbslosigkeit ungeheuer gestiegen ist. Die
Unterstützungen für die Kleintrentner sind von 50 auf 35 Millionen ge-
fürzt. Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit setzt der sozial-
demokratische Minister 240 000 Reichsmark ein.

Herr Arbeitsminister, wo bleiben die Mittel zur Bekämpfung
der Tuberkulose? Wo bleiben die Mittel zur Bekämpfung der
Geschlechtskrankheiten? Diese Forderungen haben Sie schände
fallengelassen.

Die Regierung hat auch die Politik des Wohnungslebens weiter-
getrieben wie die Bürgerblockregierung. Aber am 10. August erklärte
Herr Hilferding, daß die Gelder für den Panzerkreuzer flüssig seien.
Doch wie steht es mit den Kinderpeinungen? Nicht ein Pfennig ist
dafür eingeseht. Aber wir haben einen Wehretat von 700 Millionen
Reichsmark. Das ist nicht nur ein fürchterliches Verbrechen, sondern zeigt
den Sinn der ganzen sozialdemokratischen Politik. Wenn die Sozial-

demokraten behaupten, daß sie eine Entlastung um 20 Millionen Reichsmark
(kommunistischer Zurecht: Oh, wie beschreiben!) im Wehretat vorge-
nommen hätten, so ist das einfach eine Lüge. Warten wir nämlich ab,
was der Nachtragsetat bringen wird. Schon jetzt sehen wir, daß
57 Millionen zu Aufstellungen einfach unter die verschiedenen Posi-
tionen im Wehretat geschoben wurden. (Hört, hört! bei den Komm.)
In Wirklichkeit sind also die Ausgaben der Regierung für den Weh-
retat noch höher als die der Regierung des Bürgerblocks.

Vorgeschichte an die Unternehmer.

Wie will nun Herr Hilferding die Ausgaben bedenken? Mein Ge-
nosse Hedert ist in seiner Rede schon darauf eingegangen. Herr Hilferding
hat begründet, daß man auf die hohe Belastung des Kapitals
Rücksicht nehmen müsse und darum nur eine Belastung der Wert-
tätigen übrigbleibe. Er verlangt daher an neuen Waffensteuern nicht
weniger als 465 Millionen. Hier zeigt sich was Wertwütendes. Hilferding
hat sich vollkommen die Argumentation der Kapitalisten zu eigen
gemacht, die im Interesse ihrer Kapitalakkumulation vollständige
Steuerfreiheit fordern.

Hilferding gibt daher den Sozialisten sofort ein Vor-
geschick durch die Senkung der Gesellschaftsteuer, der Wert-
papiersteuer, der Börsenumsatzsteuer, der Obligationsteuer um
15 Millionen Reichsmark. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

So weit geht das Entgegenkommen an die Kapitalisten. Die
zu der Wahlzeit werden die Sozialdemokraten im Wehretat
gegen den Sozialismus des Bürgerblocks. Das ganze Wehretat
sieht gegen ihre eigene Regierung einstimmen, die diesen Zeit-
wucher in der unerschöpflichen Tasche versteckt, ja, teilweise noch steigert.
Herr Hilferding hat die Verbrauchersteuer um nicht weniger als 115
Millionen Reichsmark heraufgeholt. (Hört, hört! bei den Kommunisten.)

In ihren Wahlflugblättern schrieben auch die Sozialdemokraten,
daß der Bürgerblock die Lohnsteuer heraufgeholt habe. Wertwütend,
daß Herr Hilferding aber ebenfalls 1300 Millionen Reichsmark, genau
soviel wie der Bürgerblock, aus der Lohnsteuer einseht. Nach dem
heutigen Aufkommen der Lohnsteuer ist zu erwarten, daß sie erheblich
mehr aufbringt als zu Zeiten des Bürgerblocks. Von dem Lohn-
milliarden-Etat werden zwei Drittel aller Steuern den arbeitenden
Massen direkt auferlegt.

Die Kapitalisten mit Hilferding zufrieden?

Die Politik der Reichsregierung Müller-Hilferding ist absolut
die Politik der Kapitalistenklasse. In der „Germania“, dem Zentrums-
organ, schreibt Herr Erling:

„Nun ist ein neuer, und zwar ein sozialdemokratischer Finanz-
minister vorhanden, und der tut genau das, was seine Vor-
gänger auch getan haben. Damit dürften die sachlich so
unwahren Schlagworte „Kinderpeinungen“ und „Panzerkreuzer“, die
im letzten Wahlkampf so vergiftend wirkten, endgültig begraben sein.“

Durch diese sozialdemokratische Politik des fortgesetzten Massen-
betrugs hat die Sozialdemokratie die Positionen dieser reaktionären
Parteien des Zentrums, der Deutschnationalen, der Volkspartei usw.
wesentlich gestärkt. Die Arbeitermassen, die jetzt den „Gegen“ der
sozialdemokratischen Koalitionspolitik an ihrem Leibe erfahren, rufen
wir auf zum Kampfe gegen die Diktatur des Finanzkapitals. Wir
rufen die Massen auf zum Sturze dieser Regierung des Hungers und
der Teuerung, zum Sturze dieser Regierung der Kriegsvorbereitungen.
(Bravo und Handklatschen bei den Komm.)

Aus aller Welt

Über 150 Tote und Verwundete in Japan

Am der Eisenbahnstrecke Saitama-Notaro (?) entgleiste am
Freitag ein D-Zug. Nach halbamtlichen Meldungen sollen bis jetzt
157 Tote und Verwundete geborgen worden sein. Andere Meldungen
befolgen, daß sich die Zahl der Toten und Verwundeten auf 220
beläuft.

14 Todesopfer einer rätselhaften Krankheit

In dem kleinen Orte Lastrimboke bei Metz, der nur von 360 Ein-
wohnern bewohnt wird, ist eine Seuche ausgebrochen, der in wenigen
Tagen 14 Personen zum Opfer gefallen sind. Die ärztlichen Sach-
verständigen sind sich über den Ursprung und die Art der Seuche noch
im unklaren. Ein Fall von Geschwür wurde festgestellt.

Ein Auto rast in ein Warenhausfenster. Wie der „Montag“
berichtet, ereignete sich am Sonnabendabend in Berlin ein schweres
Autounfall in nächster Nähe der Götterufer Brücke am Warenhaus
von Hermann Tiep. Eine Kutschkutsche, deren Fahrer anscheinend
die Gewalt über den Wagen verloren hatte, fuhr in voller Fahrt auf
den Bürgersteig. Mehrere Personen, die vor dem einen der hell-
erleuchteten Schaufenster standen, wurden zu Boden gerissen. Der
Wagen durchdrang die Glasfront und kam erst an der Hinterwand
der Auslage zum Stehen.

Vor Wiederaufnahme der Oberstschiffahrt. Nach dreimonatiger
völliger Winterruhe sieht nunmehr zu erwarten, daß die Oberstschiff-
fahrt endlich in allernächster Zeit den Betrieb wieder aufnehmen
kann. Zwar sind noch weite Strecken der Oberstschiffahrt, und die
Arbeit der Eisbrecher von Stettin aufwärts ist noch nicht weit genug
vorgekommen. Nachdem zunächst das Stettiner Hafengebiet und der
Dammische See aufgedrochen worden waren, sind die Eisbrecher nun-
mehr seit etwa 13. d. W. auf der Oberstschiffahrt und haben am 15. d. W.
die Gegend von Pilschowitz erreicht. Durch das nun etwa zehn Tage
während, im allgemeinen Interesse erfreuliche milde Lautwetter ohne
Niederschläge ist das Eis erheblich schwächer und mürber geworden,
so daß mit einem leichteren Abgang gerechnet werden kann.

Große Ueberschwemmungen im Kaukasus. Wie aus Moskau ge-
meldet wird, ist der Fluß Kura im Kaukasus aus seinen Ufern ge-
treten und hat weite Strecken überflutet. Sechs Dörfer befinden
sich unter Wasser. Bis jetzt wurden fünf Todesopfer gemeldet. Zur
Bekämpfung der Ueberschwemmung sind Kruppen entsandt.

Die Schäden der Ueberschwemmung in Amerika. Der durch die
Ueberschwemmung in den Staaten Alabama, Georgia und Florida
angerichtete Schaden wird nach Berichten aus Montgomery in den
ersten amtlichen Schätzungen mit mehr als 100 Millionen Dollar
angegeben. Eine sehr vorsichtige Schätzung der Flüchtlinge in den
am schwersten betroffenen Gebieten gibt die Zahl der abgeköhlten
Bewohner in acht Städten allein mit 15 000 an. Von 8000 Be-
wohner von Elba sind nach 36stündigen Rettungsarbeiten insgesamt
2800 in Sicherheit gebracht worden. Die Zahl der Toten ist noch
unbekannt. In einem Gebiet von 10 000 Quadratmeilen sind insgesamt
25 000 Menschen obdachlos.

Sport vom Sonntag

Subball

Einigkeit I - FSB. I 8:1. Da die Serienpiele am Sonntag abgesetzt waren, kam auf dem Sportplatz in Groß-Mogbern das Freundschaftsspiel Einigkeit I - FSB. I zum Austrag. Ungefähr 400 Zuschauer wurden Zeuge eines spannenden Spieles und überlegenen Sieges der Mogberner. Mit dem Anstoß von FSB. beginnt quers ein aufgeregtes Spiel. Eine große Lorgelegenheit bietet bei Rot-Weissen ein Strafstoß, der aber nicht verwandelt werden kann. Erst in der 24. Minute bringt der Halbrechte von Einigkeit seine Mannschaft durch plötzlichen Schuß in Führung und erhöht wenige Minuten später das Resultat auf 2:0. Kurz vor der Halbzeit muß der Mittelläufer Einigkeit den Platz verlassen. Vor dem Seitenwechsel gelingt es Einigkeit, den Vorprung auf 3:0 zu erhöhen. Nach Wiederbeginn ist Einigkeit weiter überlegen. Erfolge können jedoch nicht mehr erzielt werden. FSB. rückt langsam, aber sicher auf und es gelingt ihnen, im Anschluß an einen schnellen Durchbruch, das Ehrentor zu erzielen. Zu weiteren Lorgelegenheiten kam FSB. nicht mehr, da die Hintermannschaft von Einigkeit in sehr sicherer Weise abwehrt.

Einigkeit zeigte am Sonntag eine Form, die für die Zukunft zu großen Hoffnungen berechtigt. Der Schiedsrichter bestrafte nur im allgemeinen. Die Jugendmannschaften beider Vereine spielten vorher 5:0 für Einigkeit.

Breslauer Ringer in Pommern.

Die A-Mannschaft der Freien Sportvereingung „1897“ Breslau bestritt am Freitagabend in Stargard den ersten Kampf ihrer Pommernfahrt. Ihr Gegner, der Kraftsportverein „Deutsche Eiche“, unterlag Grenvoll in beiden Runden den Breslauern. Einen weit kampfstärkeren Gegner fand „1897“ am Sonnabend in dem Sportklub „09“ Kolberg, bei welchem sie einen Kampf verloren und einen unentschieden gestalten konnte. Die Resultate sind folgende: Freie Sportvereingung „1897“ - „Deutsche Eiche“ Stargard 22:6, Freie Sportvereingung „1897“ - „09“ Kolberg 18:15. Da ein Ringer der Breslauer verletzt ist, dürften sie in ihrem letzten Kampf gegen den Pommernmeister vor einer schweren Aufgabe stehen.



Der wichtigste Arbeitersport

Arbeitsgemeinschaft der Fußballparte des 1. Bezirks, Gruppe Breslau. Zweck besserer Durchführung großer Spiele mit Gegnern außerhalb des Kreisgebietes wurde in der letzten Vereins-Vorstandssitzung die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft beschlossen. Sie umfaßt sämtliche Fußballvereine des 1. Bezirks, 14. Kreises, der Gruppe Breslau. In den Ausschuß wurden die Genossen Gustav Scholz (FV), Max Quarg (West) und Herbert Weiß (Stern) gewählt. Folgende Richtlinien wurden festgelegt:

- 1. Der Arbeitsgemeinschaft unterliegen nur Spiele, welche über das Kreisgebiet hinaus gehen. Für diese wird Spielverbot über Groß-Breslau ausgesprochen.
2. Es unterliegen der Gemeinschaft vier Spieltage im Jahr, zwei davon müssen auf Feiertage fallen.
3. Spielverbot wird vom 1. April bis 30. September, ab mittags 12 Uhr, und vom 1. Oktober bis 31. März ab vormittags 11 Uhr verhängen.
4. Bis zum 1. April eines jeden Jahres müssen Anforderungen an den ersten Vorsitzenden eingehen. Die Forderungen werden der Reihe nach berücksichtigt, wobei Vereine, welche im Vorjahr eine von der Arbeitsgemeinschaft bewilligte Veranstaltung hatten, bei mehr wie vier anderen Anforderungen zurücktreten müssen.
5. Die bewilligten Termine werden mindestens sechs Wochen vorher an den Bezirksvorstand und an die Presse gegeben.
6. Eine Vermittlung von Spielen und deren amtliche Erledigung unterliegt der Arbeitsgemeinschaft nicht.
7. Für das Jahr 1929 muß ebenfalls bis 1. April die Anforderung an den Vorsitzenden Gustav Scholz, Breslau 17, Garbauer Straße 52, erfolgen.

Bezirkskartell der Arbeiter-Sportvereine des Kreises Waldenburg

Die am Sonnabend vor acht Tagen tagende Vorstandssitzung war von 14 Vertretern besucht. Die Kartelle Fellhammer, Weißstein und Wüstegiersdorf fehlten. Allseitig wurde anerkannt, daß eine einheitliche Vertretung der etwa 8000 Arbeitersportler im Kreise Waldenburg bestehen müsse, wenn die Interessen entsprechend der Größe der Bewegung gewahrt werden sollen. Noch vieles ist da zu schaffen. Die Beitragszahlung wurde dahingehend geregelt, daß der bisherige Beitrag bestehen bleibt und pünktliche Zahlung erfolgt. Von Raftüberprüfungen soll ebenfalls eine Abgabe an das Bezirkskartell erfolgen, um die einzelnen Mitglieder zu entlasten. Nur so wird ein intensives Arbeiten möglich sein. Die Beitragszahlungen finden auch in Zukunft mit den Ortskartellen-Vertretern statt, bei wichtigen Entscheidungen sind die Bezirksvertreter der Organisationen hinzuzuziehen. Die statistischen Bogen geben durch die Bezirksvertreter an ihre Kreisvereine. Die Mitteilungen an die Vereine erfolgen aus Sparamkeitsrücksichten nur noch durch die Ortskartelle. Diese sind auch für die Überlieferung der Beiträge verantwortlich. Werden diese organisatorischen Fragen pünktlich durchgeführt, dann wird es möglich sein, auch weiterhin ein Ansteigen der Mitgliederzahlen in den einzelnen Bünden zu erreichen. Noch sehr viele Genossen befinden sich in den bürgerlichen Sportvereinen und wollen den Weg zu ihren Klassen-genossen meist aus sehr wichtigen Gründen nicht finden. Auf Grund dieser Aussprache war es möglich, die neue Geschäftsleitung zu wählen, die sich zusammensetzt aus dem Geschäftsführer Altensberger, dem Kassierer Freund, dem Versammlungsleiter, der zugleich den Außenbetrieb versteht, dem Sportgenossen Jahn, und dem Beisitzer Sportgenossen Gelle, Salzbrunn. Als Vertreter in den Kreis-ausschluß für Jugendpflege wurde Sportgenosse Pazel gewährt. Die Unterstützung der Arbeiterpresse wird auch in Zukunft erhofft. Die Aufnahme dieser Beschlüsse soll in der Vollversammlung, die für Sonnabend, den 6. April, 19 Uhr, im Gasthof „Zum Stern“, Waldenburg, festgelegt wurde, erfolgen. Einladungen ergehen bereits durch die Ortskartelle. Trotz aller Widerstände von außen wird die Arbeitersportbewegung auch im Kreise Waldenburg ein immer größerer Wachstumsfaktor in der Arbeitersportbewegung werden.

Freie Turnerschaft Breslau e. V. Ausschreibung zu den Faustball-Serienpielen der 1. Gruppe des 1. Bezirks

- 1. Mannschaftseinteilung: a) Jugend (14-18 Jahre), b) Männer (18-30 Jahre), c) Alterspieler (über 30 Jahre), d) Sportlerinnen (1. Jugend, 2. Erwachsene).
2. Meldegebühren: Jugend 20 Pfennig, Männer, Alterspieler und Sportlerinnen über 18 Jahre 40 Pfennig. Jugendliche Sportlerinnen, die in Erwachsenen-Mannschaften spielen, volle Meldegebühr. Handballspieler und -spielerinnen, die für die Spielzeit 1928/29 schon Meldegebühr gezahlt haben, sind zu Faustball davon befreit.
3. Schiedsrichter. Für jede gemeldete Mannschaft ein Schiedsrichter, sonst Meldung unannehmbar. Möglichst geprüfte Schiedsrichter, für ungeprüfte Donnerstag, den 18. April, Schiedsrichterprüfung in Faustball.
4. Spieltage. Jugend, Männer, Alterspieler am 28. April, 5. und 8. Mai vormittags in Kietendorf, Gemeindeparkplatz. Sportlerinnen am 28. April, 5. und 12. Mai, nachmittags, Heidenhainwiefe. Die Spiele müssen, wie angeführt, ausgetragen werden. Rücksicht auf Wünsche einzelner Mannschaften wird wegen Terminmangel nicht genommen.

Neues Manöver des NSB. - Bundesvorstandes

Der Proteststurm und die Unterschriftenbewegung der Mitgliedschaft des Arbeiter-Samariter-Bundes gegen den von der Kreisleiterkonferenz auf Antrag des Bundesvorstandes angenommenen Denunziantenrevers hat bereits zu einem ersten Erfolg geführt. Da zahlreiche Kolonnen, Bezirks- und Kreisräte einseitig erklärt hatten, daß sie die Unterzeichnung des Reverses ablehnen, sah sich der Bundesvorstand auf dem kürzlich abgehaltenen Kreisrat des dritten Kreises zu einer bemerkenswerten Mitteilung gezwungen. Kreisführer und Dunkel gaben, um die Mitgliedschaft zu beruhigen, folgendes bekannt: Der Bundesvorstand werde selbst auf dem Kreisrat einen Antrag stellen, die Reversierung aufzuheben. Bis dahin verlangten sie jedoch die Unterzeichnung der Reversierung, wollten aber keinen Druck darauf ausüben, daß die Mitglieder binnen einer bestimmten Frist die Unterschrift leisteten. Sie erklärten weiterhin, der Revers habe seinen Wert verloren, nachdem sie das erreicht hätten, was sie erreichen wollten.

Weiterhin wurde auf dem Bezirksrat in Hamburg bekannt, daß der Bundesvorstand der Kolonne Rendsburg mitgeteilt hat, daß die Unterzeichnung bis nach dem Bundesratstag Zeit hat. Das augenblickliche Zurückweichen der reformistischen Bürokratie des NSB. von dem von ihnen selbst beschlossenen Revers ist selbstverständlich zurückzuführen auf den Unwillen der breiten Mitgliedschaft, ihre Unterschrift unter das Schand-

dokument zu geben. Gleichzeitig aber trifft der Bundesvorstand Vorbereitungen, um die entscheidenden Paragraphen des Reverses auf dem Bundesratstag in das Statut aufnehmen zu lassen. Die Delegierten sollen übertrumpft werden, und auf diesem Wege hofft man dann, zum entscheidenden Vorstoß gegen die Opposition vorzugehen. Schon heute muß die Mitgliedschaft des Arbeiter-Samariter-Bundes unzweideutig zum Ausdruck bringen, daß sie das Statut mit den Änderungen im Sinne des vorgelegten Reverses nicht anerkennen wird, um so mehr, als diese Änderungen nicht in der Mitgliedschaft diskutiert und beschlossen worden sind.

Wir erkennen daran das Doppelspiel, das die reformistischen Führer auch noch auf dem Rückzug spielen. Während sie einerseits Hunderte von aktiven, revolutionären Arbeiter-Samaritern wegen der Nichtunterzeichnung ausgeschlossen haben, versuchen sie, andere Kolonnen durch schöne Versprechungen bei der Stange zu halten. Die Mitgliedschaft, die ihre Meinung über diese Methoden des Bundesvorstandes bereits unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat, wird sich jedoch mit diesem ersten Erfolg im Kampf gegen den Bundesvorstand nicht zufriedengeben. Sie wird trotz des Versprechens, den Revers zurückziehen zu lassen, auf der Verweigerung der Unterschriften beharren und nun erst recht und verschärft für die Wiederaufnahme aller widerrechtlich aus posttatsächlichen Gründen ausgeschlossenen Mitglieder kämpfen.

5. Meldeschluß. Spieler und Schiedsrichter müssen namentlich mit Altersangabe bis 14. April beim Bundesgenossen E. Trupple, Reufstraße 6, gemeldet sein. Meldegebühren und Pässe sind bis 21. April beim Bundesgenossen P. Guleja, Berliner Straße 88, in Ordnung zu bringen. Kein Spieler oder Spielerin ohne Paß.

6. Allgemeines. Jede Mannschaft stellt zu den Spielen einen Ball sowie einen Anstreicher mit Faustball-Berichtungslisten (Bälle und Berichtungslisten in der Sportzentrale erhältlich). Für Mannschaften, deren Schiedsrichter, wie angeführt, nicht antreten, gelten die Spiele verloren.

Meldeschluß: 14. April, beachten.

An alle Kartellvereine!

Alle Vereine, welche Mitglied des Deutschen Jugendherbergsverbandes sind, beteiligen sich an dem am 22. März stattfindenden Generalversammlung des Jugendherbergsverbandes. Vereine oder einzelne Mitglieder, die ihr Stimmrecht nicht ausüben wollen oder können, geben ihr Mandat im Kartellbüro, Zimmerstraße 1, ab.

Vorrundenspiel um die Mitteldeutsche Verbandsmeisterschaft im Fußball

Am 24. März kommt auf dem VfL-Platz, Gaudau, das Vorrundenspiel zum Austrag. Zum ersten Mal ist „Sturm“, Breslau, schlesischer Kreismeister. Der Gegner ist diesmal nicht der Sachsenmeister, sondern der Meister des 2. Kreises, Magdeburger Wallspielklub. Daburh sind die Ausführenden des Schiedsrichters um ein Bedeutendes gestiegen. Man rechnet stark mit einem Siege des schlesischen Meisters. Ein Spiel großen Formates wird ohne Zweifel zustande kommen. Alles Nähere wird noch bekanntgegeben.

Handball. Freie Turnerschaft Grünberg - Freie Turnerschaft Alt-Kessel - Freie Turnerschaft Breslau 1. Abteilung. Am Karfreitag findet anschließend an den Geländelauf um 14.30 Uhr ein Handballtreffen der oben genannten Vereine auf dem Sportplatz am Eschlagthof statt. Grünberg und Alt-Kessel, beide spielstarke Mannschaften, werden sich mit den beiden vorjährigen Gruppenmeistern, der 1. Abteilung, in einem Rebourspiel treffen. Im Vorjahr gelang es der 1. Abteilung, Grünberg sicher zu bezwingen, wogegen die zweite Mannschaft gegen Alt-Kessel nur ein Unentschieden herausziehen konnte. De an diesem Tage Spielverbot besteht, ist jedem Sportler Gelegenheit geboten, sich diese interessanten Treffen anzusehen. Die Eintrittskarten sind zum Preise von 30 Pfennig für Erwachsene und 20 Pfennig für Ernährungslose und Jugendliche bei den Mitgliedern der 1. Abteilung erhältlich.

Sportkartell, Technikausschuß. E. Wippich, Bergstraße 27, Fußball. Fichtner, Weissenburger Platz 2, Handball. W. Gaman, Lehmannstraße 50, Wasserpartie. Wende, Weindstraße 14, Athleten. E. Lehmann, Königgräber Straße 20, Turner. D. Siegel, Vorwerkstraße 79, Turner. E. Horn, Gadißstraße 87, Gerätewart und Ordner. E. Mann, Mozler, Promnitzstraße 30, Fußball, Presse. D. Mann, Lorenz, Nordstraße 32, Radfahrer. Winter, Deutsch-Lissa, Vertreter der eingemeindeten Vereine. E. Trupple, Reufstraße 6, D. Mann.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 20. März, 20 Uhr, im Kartellbüro. Die Vertreter sämtlicher Sparten bringen Vorschläge zur Aufsch. und Stadion-Veranstaltung (Rast). Die technischen Leiter der Kulturvereine (Naturfreunde, Schachspieler usw.) sind gleichfalls eingeladen.

Arbeiter-Athleten-Bund, 1. Bezirk. Montag, den 18. März, 19.30 Uhr, in der Halle Waterloo-Schule Kursus für Leichtathletik und Judo-Leiter.

Freie Turnerschaft Breslau. Meldeschluß zum Geländelauf am Karfreitag ist am 22. März.

Freie Turnerschaft Breslau, e. V. Sonntag, den 24. März, um 18 Uhr, Vereinsjugendversammlung im Zimmer 7/8 des Ge-

werkschaftshauses. Weiterer Abend, unter Mitwirkung eines Mandolinenspieler. Der Sprechchor ist um 16 Uhr vollständig zur Stelle.

Hauptspielausschuß. Anlässlich des Vorrundenspiels um die Mitteldeutsche Verbandsmeisterschaft besteht für den 24. März den ganzen Tag Spielverbot. Ab 12 Uhr mittags besteht für den 29. März (Karfreitag) Spielverbot. Es kommt das Auswahlspiel A-B zum Austrag. Das Spielverbot gilt für den gesamten 1. Fußballbezirk.

Fußballpartie. Verhandlungsausschuß. Ladungen für den 25. März. Folgende Sportgenossen sind geladen: 20 Uhr: In Sachen Trebnitz gegen Silesia-Kickers (Fahrtenbüchling). Beide Vereinsvertreter mit Unterlagen. 20.15 Uhr: Einspruch Silesia-Kickers gegen VfL. Dazu beide Spielführer und Vereinsvertreter und Schiedsrichter W. K. 20.45 Uhr: Kranz, Trebnitz, dazu Schiedsrichter Serimed. 21 Uhr: VfL 1921, Spielführer und Vereinsvertreter; dazu Schiedsrichter Klose. 21.15 Uhr: D. M. Vereinsvertreter, Spielführer der zweiten Mannschaft und Schiedsrichter Sauer (Hertha). 21.30 Uhr: Schiedsrichter Pohl (Freie Sportfreunde).

Weißstein. Arbeiter-Motorradfahrer-Abteilung, Gau 8, Bezirk 9. Sonntag, den 10. März, hielt die Bezirksabteilung der Motorradfahrer des Arbeiter-Radsfahrer-Bundes „Solidarität“ ihre Versammlung ab. In den Vorstand wurden die Genossen Richard Hähnel, Obmann, Erwin D. P. Kassierer, Gustav Dicker, Schriftführer, und Klose, Altwasser, als Sportwart gewählt. Da der Bund die Haftpflichtversicherung nun in eigene Regie übernommen hat, beträgt die Prämie 24 Mark das Jahr. Motorradfahrer, hinein in die Arbeiter-Motorradfahrer-Abteilung! Die nächste Versammlung findet am 7. April, 9 Uhr, im „Weißen Roh“ in Altwasser statt. Näheres in der Versammlung oder beim Obmann Richard Hähnel, Weißstein, Salzbrunner Straße 45.

Nieder-Salzbrunn. Arbeiter-Turn- und Kraftsportverein. Der Verein hielt am Sonnabend, dem 9. März, seine Generalversammlung im Viehtrug ab. Nach den Berichten des Vorsitzenden und Kassierers wurden die eingegangenen Einladungen zur Kenntnis gebracht. Für den ersten Osterfeiertag ladet der Bruderverein Salzbrunn ins Hotel zur Filmvorführung ein. Gezeigt wird u. a. die „Turn- und Sportschule Leipzig“. Am selben Tage wird auf dem im „Edelstein“, Waldenburg, stattfindenden Boxkampf Wien d hingewiesen. Aus der Wahl des Vorstandes gingen folgende Sportgenossen hervor: 1. Vorsitzender Florian, Stellvertreter Pauder, Vereinskassierer Dabel, Schriftführer Bartisch, Stellvertreter Mandel, vereinstechnischer Leiter Klenner, Revisoren Ernst und Tillmann, Delegierte Rauber, Mandel, Zeugwart Jugendgenosse Großer, Ringwart, Stuhalla, Turnwart Klenner, Unterkassierer Kunze. Die Übungsstunden finden wieder regelmäßig in der „Eisenbahn“ Dienstag und Freitag von 20 bis 22 Uhr statt. Monatsversammlungen sind wie üblich jeden zweiten Sonnabend im Monat in der „Eisenbahn“.



ARBEITER-SPORTVEREINE bestellen alle ihre Drucksachen, wie Programme, Plakate, Festschriften usw. bei der PEUVAG-DRUCKEREI BRESLAU, TREBNITZER STRASSE 50 Fernsprecher Nr. 28887

Der kommunistische Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der RPD.

Vorschläge der Sowjetgenossenschaften zum Programm der Genossenschaftsinternationale

Der Internationale Genossenschaftsbund hat eine Kommission eingesetzt, die ein Programm für die wirtschaftliche Tätigkeit der Allianz ausarbeiten soll. Anlässlich der am 7. und 8. Februar in Prag stattgefundenen Sitzung der Exekutive des IGB hat die Programmkommission eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung hat der Genosse Kiffin im Namen der Sowjetgenossenschaften eine Erklärung zur Schaffung des Programms abgegeben. Diese umfassende Erklärung umreißt die wesentlichen wirtschaftlichen und politischen Grundfragen für die Tätigkeit der Allianz, gibt eine Kritik der bisherigen Politik und enthält Vorschläge für die künftige Tätigkeit.

In dieser Erklärung wird u. a. betont, daß der IGB eine Politik im Sinne des Völkerverbundes führt und deshalb weder die grundlegenden wirtschaftlichen Fragen, noch die Frage der Unterstützung der Arbeiterkämpfe seitens der Genossenschaften gelöst wurden. Der IGB hat auch keine Kampfmaßnahmen gegen die wachsenden Kämpfungen und gegen die Gefahr eines neuen Krieges getroffen.

Bei den Vorschlägen für die künftige Tätigkeit der Allianz werden u. a. folgende Forderungen aufgestellt: Rückberufung der Vertreter des IGB aus den Organen des Völkerverbundes, Einstellung jeder Zusammenarbeit mit dem Völkerverbund, den bürgerlichen Regierungen und den Unternehmern. Dafür Unterstützung des Klassenkampfes des Proletariats: Kampf gegen die wachsende Zensur, Zölle und Steuern, Preisstabilität der Erzeugnisse und Kartelle. Materielle Unterstützung der Arbeiterkämpfe, Kampf gegen die Verschlechterung der rechtlichen Lage der Genossenschaftsorganisationen. Herstellung unmittelbarer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Konsumgenossenschaften und den Organisationen der arbeitenden Bauern. Gegen die Ausschluß- und Spaltungspolitik für die freie Kritik der Genossenschaftsmitglieder. Für die Errichtung einer internationalen Großeinlaufgesellschaft und Bank. Für die Zusammenarbeit mit der Amsterdamer und Roten Gewerkschaftsinternationale. Gegen die wachsenden Kämpfungen und die imperia-

listische Kriegsgefahr, Unterstützung der Abrüstungsvorschläge der Sowjetregierung, härtesten Kampf gegen alle Versuche der wirtschaftlichen und politischen Blockade und eines Krieges gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt.

Das sind nur einige der Vorschläge der Sowjetgenossenschaften für die künftige Tätigkeit der Allianz, die von allen proletarischen Genossenschaftsmitgliedern aufs freudigste begrüßt werden. In Prag sind über diese Vorschläge der sowjetrussischen Genossenschaften keine Entscheidungen gefaßt. Im Mai d. J. wird in Paris eine weitere Sitzung der Kommission stattfinden. Die reformistische Bürokratie will in dem Programm des IGB nur die reformistische Politik festlegen, die bisher von der Allianz getrieben wurde und die die Interessen der Mitglieder schmählich mißachtet. Deshalb wird auch das Programm hinter verschlossenen Türen ausgearbeitet. Die reformistische Genossenschaftsbürokratie in Hamburg hat bisher die Mitglieder nicht einmal darüber informiert, daß ein Programm für die Genossenschaftsinternationale geschaffen werden soll. Die Schaffung des Programms darf nicht die Angelegenheit der reformistischen Genossenschaftsführer aller Länder bleiben. Die proletarischen Mitglieder müssen fordern, daß ihnen alles Material zugänglich gemacht wird und eine öffentliche Diskussion in der Presse und in den Versammlungen durchgeführt wird. Die Vorschläge der Sowjetgenossenschaften müssen als Grundlage für die Schaffung eines proletarischen Genossenschaftsprogramms angenommen werden.

Ein antibolschewistisches Organ

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, das Organ des Zentralverbandes und der GEG. in Hamburg, entwickelt sich immer mehr zu einem „Fachorgan“ für antibolschewistische Hege. Ein Beispiel dafür ist wieder einmal die Nummer 6. Nicht weniger als sechs Artikel werden der Opposition, den Sowjetgenossenschaften und Sowjetrußland gewidmet. Bei der Behandlung der „Unterstützung notleidender Mitglieder“ wird den Genossenschaften der Schweiz gelagt, daß sie nach „kommunistischem Muster“ arbeiten. Ein Propagandaartikel für die faschistischen italienischen Genossenschaften wird kommentiert mit „kommunistischen Geiseln und Gefahrengeiseln“ in Italien. Der Entschluß des RGD-Kongresses über die Genossenschaftsarbeit wird eine besondere Betrachtung gewidmet. Die anderen vier Beiträge liefern allein der weihgardistische Spezialist Herr Olberg. „Die Krise der sowjetrussischen Agrarwirtschaft“ behandelt er in einem zweispaltigen Artikel. Eine „Antwort“ der „Kooperationsaktion“ an die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ benützt Olberg zu neuen antibolschewistischen Glosseleistungen, wofür ihm weitere zwei Spalten Raum zur Verfügung stehen. So nebenbei bringt dann der ehrenwerte Herr noch eine offene Anfrage an den Vorstand des Zentralverbandes wegen der Verweigerung der Mitgliedschaft für Konterrevolutionäre in den russischen Genossenschaften. Einen Artikel widmet Olberg dem Generalsekretär des Internationalen Genossenschaftsbundes, den er in Schutz nimmt. Für eine einzige Nummer der Zeitung ist das ein ziemlich gutes Geschäft für diesen weihgardistischen Goldknecht. Die Genossenschaftsmitglieder können sich diese antibolschewistische Hege nicht länger bieten lassen. Sie müssen gegen diesen Mißbrauch ihrer Zeitung Protest einlegen und die Meinungsfreiheit der Presse fordern.

Doppelrolle der SPD bei der Gewerbesteuerbelastung

Die kommunistische Fraktion hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingereicht, die Arbeiterkonsumvereine von der Zahlung der Gewerbesteuer zu befreien. Dieser Antrag ist mit 185 gegen 157 Stimmen abgelehnt worden. Die SPD hat für den kommunistischen Antrag gestimmt.

Wie ist dieses Verhalten der SPD zu erklären? So werden sich viele Genossenschaftsmitglieder fragen. Ist es doch erst einige Wochen her, daß der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding dem Reichstag das sogenannte Steuervereinfachungsgesetz vorlegte, wo die Heranziehung der Konsumvereine für die Gewerbesteuer vorgezogen ist. Die reformistische Genossenschaftsbürokratie hat ja als „Entschuldigung“ für das Verhalten der sozialdemokratischen Minister angeführt, daß die Steuerentlastungen „nicht von der jetzigen, sondern von der vorhergehenden sogenannten Bürgerblockregierung ausgearbeitet“ wurden. Dieses Manöver wurde unternommen, um die jetzigen sozialdemokratischen Minister Hilferding, Severing, Müller, Wöfel nicht für die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer mit verantwortlich zu machen. Aber die Unterstützung der sozialdemokratischen Minister liegt so klar zutage, daß sie auch durch solche demagogischen Rumpfsprüche der Genossenschaftsbürokratie nicht verheimlicht werden kann.

Wie ist es möglich, daß die sozialdemokratischen Minister der Koalitionsregierung sich mit der Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer einverstanden erklären und die SPD-Fraktion im Preussischen Landtag für den kommunistischen An-

trag stimmte? Der Genosse Becker, der am 23. Februar im Preussischen Landtag zur Gewerbesteuer Stellung genommen hat, ist in seiner Rede auch darauf eingegangen:

„Wenn die Sozialdemokratie im Landtag und im Ausschuss ab und zu ebenfalls für die Aufhebung der Gewerbesteuerpflicht für die Konsumvereine stimmt, so erinnert mich das lebhaft an ihre Erwerbslosenfrage, die sie in der letzten Zeit und auch früher schon im Reichstag gestellt haben mit der Spekulation, daß sie abgelehnt werden und für den Fall, daß sie nicht abgelehnt werden, schnell zurückziehen oder gegen ihre eigenen Anträge stimmen. Eine größere Bedeutung kommt diesen Anträgen der Sozialdemokratie auf Befreiung der Konsumvereine von der Gewerbesteuer heute nicht mehr zu.“

Dieses neue Doppelspiel der SPD in der Gewerbesteuerfrage durch die Entscheidung der sozialdemokratischen Minister der Koalitionsregierung und die Abstimmung im Preussischen Landtag gilt es aufzudecken. Die RPD ist die einzige Partei, die auch vorbehaltlos die Interessen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder ohne Rücksicht auf Koalitionschwärze vertritt. In allen Konsumvereinen haben die Mitglieder die Aufgabe, die Führung des Kampfes für die Befreiung der Konsumvereine von der Gewerbe- und Umsatzsteuer, gegen die Verbrauchssteuer und die die Lebenshaltung verteuernenden Zölle zu führen. Die Konsumvereine dürfen nicht fernerhin passiv bei Seite stehen, sondern müssen mit den revolutionären Klassenorganisationen den Kampf aufnehmen.

„Weil die Kommunisten versuchen“

Antrag an den SPD-Parteitag.

Wie der „Vorwärts“ vom 10. Februar mitteilt, ist für den SPD-Parteitag in Magdeburg von Berlin ein Antrag zu der Genossenschaftsfrage gestellt worden. Darin heißt es u. a.:

„Es wird jeder Frau, die der SPD angehört, zur Pflicht gemacht, sich der örtlichen Konsumgenossenschaft anzuschließen, um so mehr, als die Kommunisten versuchen, die Genossenschaften durch Massenintritt (doppelte Mitgliedschaften ufm.) in ihre Hände zu bekommen.“

Weil die SPD also die revolutionäre Arbeit der Opposition in den Genossenschaften und den Kämpfen ihres Einflusses fürchtet, deshalb fordert sie Masseneintritt der Sozialdemokraten. Die Kommunisten und revolutionären Arbeiter müssen aus dem Beispiel die richtige Lehre ziehen und sich ebenfalls — soweit sie noch keinem Konsumverein angehören — genossenschaftlich organisieren.

★

Das Versagen im Textilarbeiterkampf

Nach dem Hafenarbeiterstreik, in dem die Konsumgenossenschaften in Bremen und Hamburg ihren am Kampf beteiligten Mitgliedern minimale Unterstützungen gewährten, mußten die Arbeiterkonsumvereine in dem Kampf der Textilarbeiter ihre proletarische Klassenloyalität beweisen.

Der Konsumverein in Schwarzenberg hat für die Unterstützung der kämpfenden Textilarbeiter Lebensmittel im Wert von 300 Mark zur Verfügung gestellt. Auch der Betriebsrat der Selegenschaft hat 100 Mark für die Unterstützung bewilligt. Der Konsumverein Gese hat an seine am Textilarbeiterkampf beteiligten Mitglieder je vier Pfund Brot zur Verteilung gebracht. Auch einige andere Konsumvereine in Thüringen und Sachsen haben ihre im Streit befindlichen Mitglieder unterstützt, jedoch ist zur Zeit eine Zusammenstellung über diese Unterstützungsmaßnahmen nicht vorhanden. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau, die viele Spalten Platz für die antibolschewistische Hege zur Verfügung hat, unterließ es, diese Streikunterstützung mitzuteilen. Sie verschweigt selbst diese unzureichenden Unterstützungsmaßnahmen, weil die reformistische Bürokratie nicht einmal diese für wünschenswert hält.

In Meerane hat sich die Kampfleitung an die Konsumgenossenschaft gewandt, um eine Unterstützung der am Kampf beteiligten Genossenschaftsmitglieder zu erreichen. Die Genossenschaftsbürokratie teilt in einem Schreiben vom 21. Februar mit, daß eine Unterstützung nicht geleistet werden könne, weil der Textilarbeiterverband zur Zeit nicht daran denke, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die Genossenschaftsbürokratie benutzt dieses unerhörte Verhalten der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, um eine Ablehnung der Unterstützung zu begründen. Aber auch hier konnte man sich nicht hinter die Gewerkschaftsbürokratie verbergen, weil ja die revolutionäre Kampfleitung um die Unterstützung nachdrücklich batte.

Die in dem Kampf der Textilarbeiter von den Konsumvereinen gewährten Unterstützungen sind nicht nur ihrem Umfang nach unzulänglich, sondern auch hier beschränkte die reformistische Genossenschaftsbürokratie die Unterstützung auf die Mitglieder der Genossenschaften und unterstützte nicht im Interesse der Erhaltung der einheitlichen Kampffront alle am Kampf beteiligten Arbeiter. Auch die Aktivität der revolutionären Genossenschafts- und Gewerkschaftsopposition für die Unterstützungsmaßnahmen der Konsumvereine war im Textilarbeiterkampf nicht genügend klar.

Für Millionen Arbeiter laufen in den nächsten Wochen die Tarife ab. Gerade in der gegenwärtigen Situation ist die Propagierung der genossenschaftlichen Streikhilfe eine wichtige Aufgabe. Bei Ausbruch der Kämpfe muß in den Genossenschaften und Gewerkschaften die größtmögliche Aktivität der Opposition für die Unterstützung der Kämpfe durch die Konsumvereine einfließen werden.

Fordert die Wahl der Delegierten zu den Unterverhandlungen und zum Genossenschaftstag in Mannheim in den General- oder Vertreterversammlungen

berlangt von den Delegierten sofortige Berichterstattung über die Tagungen.

Angebot der II. Internationale an die Genossenschaftsinternationale

Die im Februar in London tagende Sitzung der Exekutive der II. Internationale hat ein Aktionsprogramm für die „Abrückung“ angenommen. Darin wird verlangt, daß in Volksversammlungen, bei den Raifeiern und beim 15. Jahrestag der Kriegserklärung papistisches Friedensgeschwätz gemacht werden soll. Die II. Internationale will sich gemäß dem Beschluß in London an den Internationalen Genossenschaftsbund wenden, der diese sozialimperialistische Propaganda unterstützen soll.

Ob die Genossenschaftsinternationale diesem Angebot der II. Internationale formal zustimmen oder es ablehnen wird, ist nicht so wichtig. Die reformistischen Genossenschaftsführer werden auf jeden Fall auch dieses papistische Friedensgeschwätz wieder unterstützen. Die Reformisten, die die von der Sowjetregierung aufgestellten Abrüstungsvorschläge abgelehnt und mit allen Mitteln bekämpft haben, reden auch weiterhin mit dem Völkerverbund über die „Abrüstung“ — bei Zustimmung und Unterstützung aller Kämpfungen in den einzelnen Ländern — um vor der Arbeiterchaft das Bestehen der akuten Kriegsgefahr und den in Vorbereitung befindlichen Raubüberfall gegen den einzigen Arbeiter- und Bauernstaat zu leugnen.

Dem papistischen Friedensgeschwätz der reformistischen Führer müssen ihre sozialimperialistischen Handlungen gegenübergestellt werden. Die Genossenschaftsinternationale muß ihre Unterstützung der Politik des Völkerverbundes aufgeben. Die Genossenschaften können den Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr nur mit den revolutionären Klassenorganisationen aller Länder führen. Die Aufklärung der Mitglieder über die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion und die Unterstützung der Friedenspolitik der Sowjetunion sind wichtige Aufgaben.

Neue Zoll- und Steuerbelastungen in Vorbereitung

Der Ernährungsminister Dietrich hat der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung ein Zollprogramm vorgelegt, nach dem der Einfuhrzoll auf Vieh, Fleisch, Schmalz und Speck erhöht werden soll. Außerdem wird die Beseitigung des spärlichen Kontingents auf Gefrierfleisch vorgeschlagen. Dietrich beabsichtigt auch einen sogenannten Preisausgleich bei der Weizeninjanz einzuführen, der eine Verteuerung des Weizen und eine Erhöhung der Brotpreise zur Folge haben wird. Die Koalitionsparteien haben noch nicht endgültig darüber entschieden, wie das Defizit des Reichshaushalts aufgebracht werden soll. Es ist noch keineswegs sicher, ob mit der Erhöhung der Bier- und Brauwertsteuer das Loch im Reichschatz gestopft werden soll oder ob nicht doch noch die bereits erwogene Erhöhung der Umsatzsteuer erfolgt. Der „Vorwärts“ stellt bereits die Frage, ob die Erhöhung der Bier- oder Umsatzsteuer „erträglich“ sei. Die SPD wird sich auch mit der Erhöhung der Umsatzsteuer abfinden, wenn die bürgerlichen Koalitionspartner die Erhöhung wünschen.

Ueber die Auswirkungen der Zoll- und Steuerbelastungen auf die Lebenshaltung der Wehrtätigen kann nicht genügend Aufklärung geschaffen werden. Die Zölle und Steuern belasten eine Reihe wichtiger Bedarfsartikel folgendermaßen: Zucker (ein Pfund) 18 Pf., Brot (ein Pfund) 5 Pf., Schweinefleisch (ein Pfund) 16 Pf., Gefrierfleisch (ein Pfund) 22½ Pf., Margarine (ein Pfund) 10 Pf., Streichhölzer (10 Schachteln) 13 Pf. Vielen Tribut müssen die Arbeiterfrauen bei dem täglichen Einkauf der wichtigsten Lebensbedürfnisse an den kapitalistischen Staat abführen. Mit dem Einkauf von Brot, Zucker, Fleisch ufm. bringen die Arbeiter die Mittel für die Erhaltung des kapitalistischen Machtapparates auf, die zu ihrer Unterdrückung und zur Vorbereitung des neuen imperialistischen Krieges verwendet werden.

Gegen die geplanten Zoll- und Steuererhöhungen muß der härteste Kampf geführt werden, wie auch gegen die bisherigen Belastungen mit Zöllen und Steuern. Die Arbeiterkonsumvereine haben bisher im Kampf gegen die Zoll- und Steuerbelastungen überhaupt nichts getan. Die reformistische Bürokratie informiert die Mitglieder nicht einmal über die neuen Pläne der Regierung. Die Mitglieder müssen in den Konsumvereinen die Leistung einer handigen Propagandaaktivität über die Verteuerung der Lebenshaltung durch die Zoll- und Steuerbelastungen fordern und die Aufnahme des Kampfes mit den übrigen proletarischen Klassenkampforganisationen verlangen.

Was sagt das Gesundheitsamt dazu?

In dem Hause Carlowitz, Hundsfelder Chaussee 91, herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Seit dem Eintritt des Fröhen sind die Wände, die sich im Hofe befinden, vollständig voll, so daß der Urnat im Hofe herumfliehet. Den Bewohnern fehlt jede Möglichkeit, ihre Notdurft auf dem Hofe zu verrichten. Sie sind gezwungen, entweder unter die Hindenburgbrücke zu gehen oder sich in ihrer Wohnung des Eimers zu bedienen. Hier tut bringen Abhilfe nicht. Es wird Zeit, daß sich das städtische Gesundheitsamt um diese Zustände kümmert. Das Haus gehört dem Obsthändler Julius Willems. Derselbe hat dauernd Streit mit den Mietern. Ständig steht er mit diesen oder jenem vor dem Amtsgericht. So klagte er neulich gegen einen Mieter mit der Begründung, er wolle in seinem Hause keine Ringlämpfer, Degenschluder, Feuerstößer, Kommunisten und Bolschewisten haben. Mit dieser einzigen Begründung wollte er den Mieter aus der Wohnung haben. Er ist aber natürlich kostenpflichtig abgemietet worden.

Sozialdemokratische Lumperei

Vor einigen Wochen ging durch die schlesische sozialdemokratische Presse eine Abgemerkung, nach der ein Kommunist Willi Bernhardt in Neu-Delsnitz an Hindenburg ein be- und wehrmittiges Darlehnsgeuch gerichtet habe. Wir wandten uns, um den Schwindel zu enthüllen, an unsere Genossen in Neu-Delsnitz. Am Dienstag veröffentlichten wir an dieser Stelle unserer Zeitung das Schreiben der Neu-Delsnitzer Genossen, aus dem einwandfrei hervorgeht, daß Bernhardt niemals der kommunistischen Partei oder dem KPD angehört hat. Trotzdem mag es die Breslauer „Bolschewiki“ in ihrer Sonnabendnummer, nochmals das Schreiben des Bernhardt abgedruckt und es den Kommunisten anzuhängen.

Diese sozialdemokratische Schabrackerei, verhüllt in eine sogenannte feilketonische Wochenplauderei, beliebt Streiflichter, ist kennzeichnend für die sozialdemokratische Lumperei — für die diesmal Walter Subwig — verantwortlich zeichnet.

Was geht im Bauergewerksbund vor?

Wie jetzt bekannt wird, fand am Donnerstag der vergangenen Woche eine Bauarbeiterversammlung statt, zu der die Teilnehmer durch Postkarten eingeladen wurden. Damit wurden die oppositionellen Kollegen ausgeschaltet. Die breite Mitgliedschaft braucht nach Auffassung der Meise und Co. von den Dingen, die sich im Bauergewerksbund abspielen, nichts zu wissen. Die Bauarbeiter müssen gegen diese jeder Demokratie spottenden Methoden aufschärfte protestieren!

Die Opposition im Bauergewerksbund ruft für Freitag, den 22. März, 19.30 Uhr im Saal des „Bergeller“ eine öffentliche Bauarbeiterversammlung ein. Dort sollen die Vorgänge im Bauergewerksbund ausführlich besprochen und Maßnahmen gegen die Diktatur der Bürokratie beschlossen werden.

Überfüllte Maskentanzgebung der 4. Abteilung

Der proletarische Abend der 4. Abteilung des KPD war ein durchschlagender Erfolg. Der große Saal und die Galerie der Zentral-Halle füllten nicht die Menschen, die dem Ruf der 4. Abteilung gefolgt waren. Schon lange vor der Kasseneröffnung stauteten sich die Massen auf den Treppen und warteten auf Einlaß. Punkt 19 Uhr wurde der Saal geöffnet. Die Schallmeintabelle der Abteilung konzertierte bis 20 Uhr. Dann begannen die Darbietungen, beginnend mit der Kindergruppe des Arbeiter-Mandolinistenvereins, die durch ihr schneidendes Spiel sofort die Sympathie des überfüllten Hauses erwarb. Durch rasenden Weisfall gezwungen, mußten die kleinen Künstler noch mehrere Zugaben machen. Dann traten die „Promisler“ in ihrer neuesten politischen Neuauflage auf und zeigten Episoden aus der illegalen Zeit der Partei. Nachher spielte das

Vergleich zwischen Frau Ritsche und Gebr. Hirschberg

Am 24. August 1927 trat die Künstlerin Elli Ritsche auf der Bühne des Breslauer „Kristallpalastes“ auf. Durch einen herabfallenden Kronleuchter erlitt sie einen schweren Schaden, der sie für mehrere Jahre arbeitsunfähig gemacht hat. Die Besitzer des Kinos lehnten zunächst jede Entschädigung ab, wurden aber bekanntlich später schon zur Zahlung der ärztlichen Kosten verurteilt. Vor dem Arbeitsgericht klagte die Künstlerin nun auf Vergütung des ihr durch Arbeitsunfähigkeit entstandenen Schabens. Sie kann ihren Beruf nicht ausüben, nach ärztlicher Meinung wird sie einen eventuellen Schaden für ihr ganzes Leben davontragen. Trotzdem der Vertreter der Beklagten von einer „Rentenhypothese“ sprach, die sich bei der Klägerin angeblich bemerkbar mache, gelang es schließlich, eine gütliche Einigung zu erzielen. Die Künstlerin beanpruchte eine Vergütung von 5000 Mark, während die Beklagten nur 2000 Mark zahlen wollten. Der Vergleich spricht ihr eine Summe von 3000 Mark zu, die sie in zwölf monatlichen Raten erhalten wird.

Die Firma ist pleite — wie kommen die Angestellten zu ihrem Geld?

Herrn Finster, der an vier Breslauer Schokoladenfirmen beteiligt war, ist der Breslauer Boden zu heiß geworden; er hat mit einer Summe von über 40 000 Mark das Weite gesucht. Bei zwei Gesellschaften ist der Konkurs bereits eröffnet, bei den restlichen steht er bevor. — Die Firmen, die zahlreiche Filialen und Verkaufsstellen hatten, stehen sich von vielen Angestellten — Kassierern, Filialleiterinnen usw. — eine Kautionszahl, die oft Tausende von Mark betrug und von den Arbeitgebern im Geschäft verwendet wurde. Weiter haben die meisten Angestellten, für die die Summe ihrer Löhne verbleibender, in vielen Jahren abgedachter Spargroschen war,

unterlassen, ihrem Chef gegenüber ihre Ansprüche zu sichern. Nun ist die Firma pleite, und die Forderungen der Angestellten auf die Konkursmasse sind, abgesehen von etwaigen Gehaltsforderungen, in keiner Weise bevorzugt, so daß sie nur einen verschwindend geringen Bruchteil ihrer Forderungen zurückerhalten werden. Sie sind um ihre mühselig zusammengetragenen Ersparnisse gebracht und bezogen, aber auf legale Weise, so daß sie nichts gegen ihren früheren Arbeitgeber unternehmen können.

Als die Firma noch ihren Betrieb aufrecht erhielt, versuchten die diversen Gläubiger, durch Pfändungen ihr Geld zu erhalten. Und da sie es im Hauptgeschäft nicht erhielten, ließen sie bei den einzelnen Filialen Pfändungen vornehmen. Manche Filialleiterinnen und Kassiererinnen weigerten sich, diesen Pfändungsbefehlen nachzukommen, worauf sie, wie sie vor Gericht erklärten, Drohbriefe erhielten, so daß einzelne aus Furcht verschiedene Beträge auszahlten. Was sollten sie auch anderes tun, da sie von dieser kompliziertesten Rechtsverhältnissen keine Ahnung hatten? — Nun erleben sie das Schauspiel, daß sie durch die Firma bzw. deren Rechtsvertreter für die Auszahlung dieser Beträge haftbar gemacht werden. Dieselbe Firma, die ihnen Hunderte und Tausende von Mark an Kautionsschulden verlagte, sie auf Zahlung, weil sie ihre Forderungen nicht erhalten ließen. Es läßt sich heute noch nicht übersehen, ob der Klage der Firma stattgegeben werden wird.

Der ganze Vorfall ist so typisch und bezeichnend für die Art und Weise, in der die Inhaber und Chef zahlreicher Geschäfte mit dem ihnen anvertrauten Gut ihrer Angestellten umgehen, daß nicht genug davon gewarnt werden kann. Und in den meisten Fällen läßt sich nichts mehr tun, um das Geld wieder zurückzuerhalten oder den Arbeitgebern zu einer wohlverdienten Bestrafung zu verhelfen. Wenn sie in Konkurs gegangen sind, dann eröffnen sie ein neues Unternehmen, lassen sich neue Kautionszahlungen zahlen, und das alte Schauspiel wiederholt sich. Alton.

Original russische Basalita-Orchester, das meisterhafte Leistungen bot. Besonders Weisfall gab es beim „Wolfschlepperlied“ sowie bei den Kosakentänzen, welche von Mitgliedern der Truppe getanzt wurden. Die „Promisler“ taten wieder ab und zeigten u. a. einen Werbeakt, bei welchem der ganze Saal mitwirkte. Satirische Epochen aus: „Ein Abend bei Republiken“ und „Denkmalweihe“, auch der politische „Wankelgänger“ reizten die Anwesenden zu immer neuem, stürmischem Weisfall. Mit letzten Worten verstand es Kam. Meier, ehemaliger Festungsgesangener, die Anwesenden von der Notwendigkeit ihrer Organisation im KPD zu überzeugen. Er appellierte an die Anwesenden, auch ihr Scherlein beizutragen zum Kominterngeheim und Mitkämpfer zu werden in der roten Klassenfront. Die Kundgebung erreichte erst nach 24 Uhr ihr Ende. Die Zellerammlung am Schluß der Veranstaltung für das Kominterngeheim erbrachte den Betrag von 28,04 Mark. Das Werbebüro, welches in einer Ecke des Saales untergebracht war, war zeitweilig so belagert, daß der aufnehmende Kamerad die Arbeit kaum bewältigen konnte. Die gut organisierte Kundgebung war ein voller Erfolg für die 4. Abteilung, ein starker Erfolg für den Roten Frontkämpferbund.

Selbstmord. In seiner Wohnung Dyhernfurter Straße erschoss sich der Arbeiter W. Th. mit einem Infanteriegewehr. Gefunden: Eine goldene Brosche (mit Koralle), ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Damenkleid, ein Paar Damenüberstrümpfe, ein goldener Ohrring, eine braune Damenhandtasche (Inhalt: Portemonnaie, Schlüssel und Badformen), ein Sadelarsenschieber, ein Kraftwagenkennungschild I K 6633, ein Portemonnaie mit großem Geldebetrag, eine Herrenarmbanduhr (Nidel), eine Damenuhr (mit Ueberbedel, als Armbanduhr zu tragen), zwei Schlüssel. Lohes- und Thalia-Theater. Die Besprechungen der Premieren „Sünden Sie, daß Constance sich richtig verhält?“ und „3 x Hochzeit“ können wir erst morgen veröffentlichen.

Breslauer Volksbühne. Am Freitag, dem 22. d. M., hält Prof. Oskar Schlemmer vom Bauhaus in Dessau im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Volksbühne einen Lichtbildvortrag über „Reue Bühnenkunst“ im Hörsaal des Museums der bildenden Künste. — Eintrittskarten für Mitglieber zum Preise von 1 Mark in der Geschäftsstelle Albrechtstraße 82, für Nichtmitglieber zum Preise von 2 Mark auch bei Hainauer.

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband**
Breslau, jeden Dienstag 20 Uhr Heimabend im „Weinberg“.
- Jung-Spartakus-Bund**
Breslau
— Gruppe Gies (West). Dienstag 19 Uhr im „Anglerheim“, Reußenstraße.
— Generalmittglieberversammlung.
- Roter Frontkämpfer-Bund**
Breslau
— Mt. 2. Heute 20 Uhr Kameradschaftsabend bei Meisels, Uferstraße.
— Mt. 4. Kameradschaftsabend fällt aus. Sämtliche Parteigenossen des KPD treffen sich um 10 Uhr im „Anglerheim“. Nacheinander müssen von 10 bis 20 Uhr alle selbst sämtliche Karten und Zeitungen abgerechnet werden.
— Mt. 6. Montag 20 Uhr Generalmittglieberversammlung bei Gante, Friedrichstraße 41. Mitgliedsbuch mitbringen. Wichtige Tagesordnung. Funktionäre eine Stunde früher.
- Roter Frauen- und Mädchenbund**
Breslau
— Montag pünktlich 19.30 Uhr Sitzung aller Funktionärinnen im Büro Freiheitstraße 2, II.
— Alle eine Mittglieberversammlung Dienstag 19.30 Uhr im Büro, Freiheitstraße 2, II. Wichtige Tagesordnung.
- Sonstige Organisationen.**
Breslau
— Gefängnis „Gos“. Bis Ostern jeden Montag und Mittwoch um 20 Uhr gemischter Chor.

Gegen den Millionenbetrug

20 März, abds. 8 Uhr, im Zentral-Saall, Westendstraße. Referent: Genosse Karl Meyer, München

Werttätige, Steuerzahler Breslaus erscheint reiflos in der Öffentlichen Volksversammlung am Mittwoch

APD., KPB., Ortsgruppe Breslau

BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG

Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenverlag, KudoStadt I. B.

„Gott sei Dank, es war nur ein Traum,“ sagte er, nachdem er wieder zu Bewußtsein gekommen. Eine ganze Weile war er noch unfähig, sich zu rühren oder überhaupt einen Entschluß zu fassen. Draußen hörte er Stimmen und dazwischen unterdrücktes Wimmern. Tönnies Schapulla belam anscheinend wieder mal christliche Zucht mit dem väterlichen Leibriemen. Schließlich raffte er sich auf, zog die Vorhänge zurück, und jetzt erst beim Anblick der schwefelgelben Rauchfahnen von der Zitrassinerie, kam er wieder völlig zu sich. — Wichtig, um fünf Uhr wollte er sich ja mit Gertrud Overstath treffen. Nach dem Waschen wurde ihm etwas klarer im Kopf. Draußen erschollen schwere Schritte, Schapulla klopfte, und als er hörte, daß sein Mieter schon auf war, trat er ein.

„Na, ausgeschlafen, oder haben Sie noch Haarshibentatarch?“ erkundigte er sich, verständnisvoll grinsend. Und dann begann er von gestern abend lang und breit zu schwätzen. Sukrom erkundigte sich, warum Tönnies schon wieder Prügel gekriegt habe. Der Kostwirt wurde etwas verlegen.

„Der — — — Ach Gott — — — Na, Ihnen kann ich es ja sagen. Gestern hat er seiner Schwester die Sparbüchse aufgemacht und das ganze Geld vernascht. Wie das Trautche heute mittag die Kollekte für die Kinderandacht herausnehmen will, ist die ganze Büchse leer. Wohl so an dreißig Mark. Jetzt muß er den ganzen Nachmittag hier oben im dunklen Kuchtopf auf Erbsen kochen, der sie ja per der!“

Sukrom wartete im Hinterzimmer der Konditorei vergeblich auf sein Schächchen, was seine Stimmung keineswegs verbesserte. Ob vielleicht die Eltern gemerkt, daß ihre Tochter erst beim Tagesgrauen nach Hause gekommen, vielleicht sogar erfahren, wo sie gewesen? Svertrup war trotz allen amerikanischen Einschüßes doch ein Heilandsbüchliches Klatschneß, wo man sich immer wieder traf! Er hatte es sich so schön ausgedacht, wie sie zusammen Kaffee trinken und sich dabei ausprechen würden.

Er fühlte sich schuldig, obwohl Gertrud ja eigentlich den meisten Anlaß gegeben hatte. So wie sie fühlte und... Sie hatte zwar gesagt, es sei der erste, — aber das jagten in solchen Situationen wohl alle

Mädchen. Und wenn schon? — Jetzt erst empfand er, wie grenzenlos einsam er in dieser Stadt bisher gelebt, und wie sehr ihm solche kleine Gertrud gefehlt hatte.

Als die Uhr halb sieben schlug, sagte er sich, es wird ihr wohl was dazwischengekommen sein, und schlenkerte zur Stadt zurück. Noch nie hatte er die grauen Straßen so trostlos und abscheulich häßlich gefunden, wie in der nebelhaften Dämmerung dieses zwecklosen Sonntagabends.

Aus einer Kneipe kamen Blechharmonikaklänge und das Gröhlen Betrunkener. Eine Frau, die in ihrem Umhängelutuch ein Kind trug, mühte sich, durch die verhängten Türschleiben Einblick zu gewinnen. Aus einem Hausflur kam Gefreische. Halbwürdige Durchein und Mädels trieben dort ihr Wesen miteinander. — An einem Hause gewahrte er ein verchromtes Glastransparent, in welchem eine offene Gasflamme trüblich fladerte.

„Christliche Gemeinde St. Michael!“ und darunter baumelte ein Pappschilde:

„Heute sechs Uhr evangelische Abendandacht! Jedermann herzlich willkommen!“

„Proletariatsleben zwischen dunklem Kohlenkuch, häßlichen Wohnlöchern, dunstigen Kneipen und muffigen Westuben,“ dachte Sukrom. Er schauderte zusammen, wenn er an die fürchterliche Zeit dachte, die er auf dem Abblatplatz des Stahlwerkes und in dem „Junggelellensheim“ verbringt hatte. Wie er das überhaupt ausgehalten, war ihm heute unbegreiflich! Und diese schulkunden, hungernden, in Schmutz und Pöhllichkeit dahingewegerten Proleten sollten mit den Besitzern der qualmenden Schole gemeinsame Interessen haben?

Laut auflachen mochte er, wenn er an die Ausführungen Gijela Jents dachte. Er hätte sie einladen mögen, mit ihm einen Gang durch die Armutsquartiere zu machen. Das junge Weib, das ihn unter der Laterne da so verlockend anlächelte, hatte es sich vor Jahresfrist vielleicht noch nicht träumen lassen, daß sie abends unter der Laterne fremde Männer anlächeln würde.

Was „sie“ wohl dazu sagen würde?

Jetzt lachte er wirklich laut auf. Dialutieren würde er mit ihr niemals mehr, seitdem sie über ihn so hochmütig hinweggesehen. Im Laboratorium unter vier Augen, da versuchte sie wohl, ihn einzuwideln. Aber in Gesellschaft? — Sie konnte doch den verhungerten Studenten, der nicht einmal einen Guttag, sondern einen gewendeten Anzug trug, unmöglich dem seinen Herrn an ihrer Seite vorstellen. Er hämpfte grimmig mit dem Fuß. Gut war es doch, daß dies ihm

begegnete. So war er kurz und schmerzhaft von einer Infektion geheilt, die ihm jetzt nicht nur knabenhaft romantisch, sondern sogar kindlich erschien.

Als er in der Ratinger Straße am „Union-Kino“ vorüberkam, war gerade die Nachmittagsvorstellung vorbei. Er überlegte, ob er sich den Film „Lobesurteil“ ansehen sollte, als er plötzlich zusammenjuckte. Unter den herausströmenden erblickte er — Gertrud Overstath in Begleitung eines gutgekleideten jungen Menschen. Sie schlug, als sich ihre Blicke begegneten, die Augen nieder und ging, ihren Cavalier mit sich fortziehend, schnell zur anderen Straßenseite hinüber.

Eine Weile stand er wie betäubt. „Also so eine war es!“ In ihm löchte der Horn. Dann aber drehte er sich auf dem Absatz herum und spuckte, daß es klatschte.

Was nun aber noch beginnen? Vor Kino und Café elckte ihn. Nach Hause? — Am liebsten wäre er noch bis nach Hasdrubal gefahren, schon um nicht den ganzen Abend mit seinen aufgewühlten Gedanken allein zu sein. Das Bahnhofsbüfett fiel ihm ein, dort würde er wohl Schokolade oder ein paar Apfelsinen erhalten, um zum Geburtstag nicht ganz mit leeren Händen zu kommen.

Als er seinen Einkauf beisammen hatte, warf er noch einen Blick auf den Perron. In einer Gruppe halbmilitärisch gekleideter junger Leute glaubte er seinen Kollegen Weischen zu erkennen. Aus dem Wartesaal zweiter Klasse kam eben eine Dame im Herpelz heraus. Es war Gijela Jent. Die jungen Leute rissen sich militärisch zusammen, klappten mit den Wäfschen und verbogenen sich affektiert. Das Ganze sah wie nach Abschied aus.

„Um so besser,“ dachte Sukrom, im Hintergrund bleibend, „dann brauche ich mich nicht mehr über sie zu ärgern.“ Das empfand er recht deutlich in diesem Augenblick da er das schüchternste Liebespflänzchen, das sich in seinem Herzen eingenistet hatte, entschlossen herausriß.

Behmütig blickte er dem Juge nach, aber nicht ihrwegen. Das war ja endgültig aus und erledigt! Aber er wäre am liebsten auch davongefahren, irgendwo anders hin, fort von dem veräuferten Kohlenpott, wo der Himmel stets rauchverhangen grau in grau lag, wo Erde, Gegenstände und Menschen ständig verunreinigt erschienen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrowski für „Betrieb und Werkstatt“ und „Waldenburg“ Wilhelm Diebold für „Breslau“, „Gießerei“ und die übrigen Beilagen Arthur Dombrowski, sämtlich in Breslau. — Für den oberirdischen Teil Georg Paris in Hindenburg. — Für „Jugend“ Dr. Werner Krosigk.

Am Dienstag in Weisklein 19 Uhr im „Deutschen Haus“

öffentl. Versammlung Thema: „Die Früchte der Koalitionsregierung“ Werttätige heraus!

Betriebsrätewahl auf der Melchiorgrube

Die Stimmenabgabe findet in der Zeit vom 19. bis 22. März zum Schichtwechsel statt, und zwar Dienstag auf dem Haupttag, Mittwoch auf der Kaserel, Donnerstag auf dem Vorgesetzten Tag, Freitag auf dem Erntekindertag. Alle Klassenbewußten Arbeiter stimmen für die Liste I der freien Gewerkschaften, um die daraus resultierenden fünf oppositionellen Kameraden in den Betriebsrat zu bringen. Sorge für hundertprozentige Wahlbeteiligung! Strafen und Umlauber müssen unbedingt, soweit es möglich ist, zur Urne gehen!

Wie ein Sozialdemokrat Arbeiterinteressen vertritt

Infolge des Lawetters wurden von der Gemeinde Dittersbach ausgesteuerte Erwerbslose und Invaliden zur Säuberung der Straßen von den Schneemassen angefordert. Am Montag, dem 11. März, sprachen deshalb zwei Erwerbslose bei dem sozialdemokratischen Vorarbeiter Berthel vor. Berthel hatte inzwischen Anweisung bekommen, keine Leute mehr einzustellen und mußte die Leute natürlich abweisen. Trotz des ablehnenden Bescheides versuchten die beiden Erwerbslosen, doch eingestellt zu werden. Das brachte den Vorarbeiter so in den Harnisch, daß er laut zu brüllen anfing: „Raus, raus, geht euch raus!“ Die Erwerbslosen protestierten nun mit Recht gegen diese Art der Abweisung, aber ohne Erfolg. Bei einigermaßen sozialem Empfinden hätte der sozialdemokratische Vorarbeiter die Erwerbslosen auch mit einem ruhigeren Tone abfertigen können. Früher konnte Berthel keine Ausseher leiden und hätte eine derartige Behandlung ganz energisch zurückgewiesen. Der „Bergwacht“ wäre zu empfehlen, mal ihre Genossen unter die Lupe zu nehmen, anstatt Dresden auf die Kommunisten zu werfen!

Sozialdemokrat Wichmann rechnet Unorganisierte zum Lumpenproletariat!

Aus Witzgeiersdorf wird uns geschrieben: Am Mittwoch, dem 13. März, hatte der ADGB eine Erwerbslosenversammlung in der Saale zu weihen, doch dieses gelang nicht. Der Vorsitzende des ADGB, der Gewerkschaftsangehörte Hermann, eröffnete die Versammlung. Er konnte es sich dabei nicht verkneifen, gegen den bestehenden Erwerbslosenausgleich zu meckern, wurde aber von den Erwerbslosen dabei ziemlich fürzlich eines anderen belehrt. Er gab dann dem erschienenen Vorsitzenden des Arbeitsamtes, Wichmann, das Wort zum Referat über die Arbeitslosenversicherung, Renten- und Sonderfürsorge. Dieser erklärte lakonisch, er habe kein Interesse, vor Unorganisierten zu sprechen, denn er zähle die Unorganisierten zum Lumpenproletariat. Diese Worte verletzten die Erwerbslosen in ungeheurem Maße. Sein Referat wurde des öfteren von den Erwerbslosen durch Zwischenrufe unterbrochen, die einmal Aufklärung haben wollten, wonach sie eigentlich leben sollen, wenn sie keine 26 Wochen Arbeit ausweisen können. Diese Zwischenrufe hungernder Erwerbsloser konnte Wichmann nicht ertragen, er nannte die Versammlung einen „Saufstall“. Er behiente sich auch noch anderer Ausdrücke, wie man sie auch von einem bestgeeigneten Proletarier nicht anders verlangen konnte. Nur der großen Selbstzucht der Erwerbslosen ist es zu danken, daß er nicht eine Tracht Prügel bekam. Dieser Wichmann hat bestimmt noch keine Erwerbslosenunterstützung bezogen, hat noch keinen Hunger

gelitten, sonst würde er nicht so frech gegen die Erwerbslosen auftreten.

In der Diskussion sprach als erster der Kollege Riedel. Er wollte Aufklärung haben, warum nicht schon früher eine Erwerbsloserversammlung vom ADGB einberufen wurde. Darauf erklärte der Vorsitzende, daß die organisierten Erwerbslosen ja wüßten, wo das Gewerkschaftsbüro ist, und sie brauchen ja nur einmal hingukommen. Also, da haben wir es! Es wäre ja auch von ihnen zuviel verlangt, sich um die Erwerbslosen zu kümmern, denn sie haben genug Arbeit mit ihrer Kommunistenhege. Die weiteren Diskussionstendenzen wandten sich scharf

gegen die Spaltung der Erwerbslosen

durch die Gewerkschaftsangehörten. Die Versammlung hat bemerkt, daß nun einmal in Witzgeiersdorf nichts ist mit der Spaltung der Erwerbslosen durch die Gewerkschaftsbürokraten, die Kamer, Hermann und Konsorten. Die Erwerbslosen halten zusammen und wissen, daß nur die SPD ihre Interessen vertritt.

Erwerbslosenversammlung in Liebigau

Die Tagesordnung der letzten Erwerbslosenversammlung in Liebigau umfaßt zwei Punkte. Zuerst gab Genosse Stäbler Bericht über die Erwerbslosenkongress in Breslau, die von sämtlichen Erwerbslosen des Ortes begrüßt wurde. Zweiter Punkt der Tagesordnung war die Wahl eines Mitgliedes zum Erwerbslosenausgleich an Stelle des auscheidenden Kollegen Maier, der das Glück hatte, Arbeit zu finden. Es wurde der Kollege Erich Hermann einstimmig gewählt. Unter dem Punkt Verschleudertes wurde ein Antrag eingebracht, der von der Gemeinde die Schaffung von Notstandsarbeiten zu tarifmäßigen Bedingungen forderte. Ferner wurde beschlossen, daß Genosse Stäbler beim Arbeitsamt vorstellig werden soll, um eine Änderung der Stempelkontrolle zu erreichen, da die Erwerbslosen nicht gewillt sind, die Woche zweimal in der Gemeinde und einmal nach Freiburg stempeln zu gehen, weil es ihnen an dem nötigen Schutzwert fehlt, um den hohen Morast zu durchwaten. Nach Erledigung kleinerer Anfragen wurde die Versammlung geschlossen.

Liebigau. Unpassierbare Wege. Wer einmal Gelegenheit hat, auf seiner Geschäftsreise oder einem Spaziergang nach Liebigau zu kommen, der fühlt sich bestimt in die Gegend der Masurischen Seen verlegt. Durch das Eintreten des Lawetters ist die Straße kaum passierbar. Sie ist voller Dreck, so daß man bis um die Knöchel versinkt. Hier wäre es dringend notwendig, daß sich der Herr Gemeindevorsteher Ziebig einmal darum kümmert, und die Fußwege sowie die Rinnsteine säubern läßt. Arbeitslose gibt es doch genug in der Gemeinde, die gewillt sind, für tarifmäßigen Lohn zu arbeiten.

Opfer des Molochs Kapital. Der am 11. März verunglückte Maurer Hübner ist am 13. März im Knappschaftslazarett gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Am 15. März ist der Pauer Scholz der Melchiorriedlung ins Lazarett eingeliefert worden. Er erlitt eine Armquetschung.

Königszell

Selbstmord der „Bahnpolizei“. Am Mittwoch, dem 14. März, passierte auf dem Bahnhof Königszell eine seltsame Geschichte. Ein Reisender zündete sich beim Aussteigen aus dem Wägel (Nicht-raucher) ein Zigarette an. Sofort schloß ein Bahnschutzmännchen wie ein Raubvogel auf den Reisenden zu und nahm ihn fest. Trotz energischer Abwehr mußte der Reisende sofort zwei Mark Raucherbuße bezahlen, oder er wäre im Weigerungsfalle verhaftet worden. Sonderbar, wie man so die Dames-Lasten betreiben will!

Striegau

Briefkasten. Die Voranzeige für den Elternabend der freien Elternvereingung lief in der Redaktion leider zu spät ein und konnte nicht mehr veröffentlicht werden.

Zehn Jahre haben auf Erbe gelauert, Spießer, Sozialverräter und Pfaffen. Das Leben uns mit Schlänzen versauert... Sie konnten es aber nicht schaffen. Es wuchs und gedieh, die Presse, die rote Trop aller Polizeiverbote. Alle Raffinesse und Nichtergentlichkeit kamen gewöhnlich drei Malen zu spät - Boykott - Hausdurchsuchungen und andre Dinge! Und immer verbrannten sie sich die Finger. Dafür belamen sie graue Haare Innerhalb dieser zehn Jahre.

Gurranties und Paragraphenknister Gaben wirklich sich große Mühe, „Bergwacht“, Därfing und „Volkswacht“-Bündel Spudien natürlich's Fett in die Bräse. Im Verein mit der Bürgerrechtjournaliste wollten sie zu gern uns an die Taille. Sie hatten alles zum Angriff geordnet, und unser Bernhard Schottländer ermordet! Hundertprozentige Demagogie - Und eine Blamage nach der andern für sie. Davon belamen sie graue Haare Innerhalb dieser zehn Jahre.

Lassen wir sie ein paar Jahre noch spuden, Wir vertragen davon 'ne gute Portion, Sie werden nicht allzulange mehr muden, Wir kriegen sie schon! Noch manchmal wird unsere Arbeiterpresse Sie schlagen auf ihre Mügenresse. Da hilft kein Zuchtshaus - kein Terror - kein Reichsgericht - keine Genjur. Die rote Presse wird gepapnet stehen Und unbetritt den Weg mit Lenin gehen. Prolet, aus deinem Haus Werf Bürgerstund und Reformistenpresse hinaus Und werb' mit Interesse - Für Klassenkampf und rote Presse!

Paul Behnisch

An der Spitze!

Bergangene Woche wurden insgesamt 9900 Exemplare der Erwerbslosenausgabe der „Arbeiter-Zeitung“ umgelegt. An der Spitze standen folgende Orte:

- 900 - Sagan, 500 - Neustadt, Hindenburg, 450 - Oppeln, 400 - Glogau, Reife, 380 - Görlitz, 370 - Ratibor, 300 - Liegnitz, 250 - Luban, 200 - Bunzlau, Schwelbitz, Niesitz, Strehlen, Patschkau, Felskretscham, Albrechtshof.

Genossen, verdoppelt die Anstrengungen! Diese Woche müssen die 10 000 überschritten werden!

Aus dem Riesengebirge

Am 8. März hielt die Ortsgruppe Hirschberg des Staats- und Gemeindefreiwörterbundes die Monatsversammlung ab. Erschienen war der Gauleiter Piesul aus Breslau. Er ging auf die Wichtigkeit einer Lohnzulage für die Staatsarbeiter ein. Es wurde dann einer Resolution zugestimmt, welche von den Kollegen aus dem Betriebe selbst gestellt war. Dann ging Kollege Piesul auf die Wichtigkeit der Betriebsrätewahl ein, natürlich so, wie man das von dieser SPD-Größe erwarten mußte. Zur Diskussion sprach der Kollege B. von der Opposition. Er zeigte die Fehler auf, die von Seiten der Gewerkschaftsleitung, und hauptsächlich von der Sozialdemokratie, gemacht wurden. Dabei ging er auch auf die Lohnkämpfe im Ruhrgebiet, in Hamburg und in Oberschlesien ein, wo die Kämpfe der Arbeiter durch den Schlichter und mit Hilfe der Sozialdemokraten abgelaufen wurden. Das war zuviel gesagt für den Frontkämpferbund und gegen die kommunistische Partei los. Natürlich vergaß er dabei ganz, auf die Ausführungen des Kollegen B. einzugehen. Es wurde dann noch über die Einführung einer Invalidenversicherung lebhaft diskutiert. Die Mehrzahl der Kollegen war dagegen. Ferner wurde dem Gauleiter mehrmals durch kräftige Worte ins Gewissen geredet, man solle den Kampfcharakter der freien Gewerkschaften nicht vergessen und mehr die Landesversicherung in Anspruch nehmen. Am Schluß der Versammlung wurde von dem Kollegen B. noch auf die Mängel der Ortskrankenkasse hingewiesen. Unter dem Druck der Vertrauensärzte haben die Patienten sehr zu leiden.

Gallo, Arbeiterin! Der Rote Frauen- und Mädchenbund, Ortsgruppe Hirschberg, ladet alle Frauen und Arbeitschwestern zu dem am ersten Osterfesttag stattfindenden proletarischen Abend ein. Wir wollen euch zeigen, wo ihr als arbeitende Frauen hingehört. Darum auf am ersten Oftertag nach dem Berliner Hof, Anfang 20 Uhr. Eintritt nur 30 Pf. Auch alle umliegenden Ortsgruppen werden um Beteiligung ersucht! Quartiere werden besorgt!

Mittelschlesien

Die Brieger Quastgänte Wenn man den Bericht von der Erwerbslosenuntergebung vom Dienstag las, so mußte man unwillkürlich glauben, daß die Brieger Tante nur in die Spießgule gewungen ist, denn sie scheint nicht zählen zu können. Einen Zug von 900 bis 1000 Mann schätzt sie auf 250 bis 300 Mann ein. Soll man das ihrer Unfähigkeit oder ihrer Gehässigkeit gegen die kommunistische Bewegung zurechnen? Wahrscheinlich beides. Das Blättchen traut sich nicht, den Lesern zu berichten, daß die KPD bei einer Kundgebung 1000 Leute zusammenbringt. Da jetzt Oftern die Kinder in der Schule antreten, so empfehlen wir der Brieger Tante, auch noch mal mitzumachen. Vielleicht lernt sie doch noch etwas.

Niederschlesien

Görlitz

Zum 1. Mai Auf Grund der Erfahrungen in früheren Jahren ist es notwendig, schon jetzt zur Feier des 1. Mai Stellung zu nehmen. Größer denn je ist der Druck der Kapitalisten auf die Arbeiter, größer denn je sind die Aufgaben, die der Arbeiterklasse daraus erwachsen. Die deutsche Kapitalistenklasse und mit ihr die Republik haben sich zu einer imperialistischen Macht entwickelt. Die Nationalisierung und die immer schärfer hervortretenden Gegensätze der Weltbourgeoisie zur Sowjetunion haben es der deutschen Bourgeoisie ermöglicht, im Weltmarkt eine Rolle zu spielen. Damit wächst die Kriegsgefahr ungeheuer. Alle Mächte rüsten, Deutschland mit, das zeigt der Heeresetat Groener's. Die Lasten müssen die Arbeiter tragen, wie sie auch die Blutopfer werden bringen müssen. Die Leuzung steigt riesenhaft, mit ihr die Arbeitslosigkeit. Hand in Hand damit gehen die Bestrebungen der Unternehmer, die Löhne zu senken, die Arbeitszeit zu verlängern. Die Sozial- und die Krankenfürsorge, die Arbeitslosenversicherung werden abgebaut. Die Arbeiterklasse muß dagegen kämpfen. Kämpfen um den Sturz der Kapitalisten. Ist das Proletariat an der Macht, kann es Kriege verhindern und seine Wirtschaftslage bessern. Der 1. Mai ist ein Kampftag, er ist eine Gelegenheit, dem Kapitalistengegendel die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zu demonstrieren. Dieser Bestimmung ist der 1. Mai geweiht worden. Aber geschlossen muß die Arbeiterklasse marschieren. Nicht zwei Lager, davon das eine „Fest“ feiert. Der 1. Mai ist kein Festtag. Fest feiern kann das Proletariat erst, nachdem es den Sieg erlangt hat. Bis dahin gibt es keine Festen für Proleten. Der 1. Mai ist vor allem ein politischer Kampftag. Er ist beschlossen worden auf einem politischen Kongress der damals noch sozialistischen Internationalen zu Paris 1889. Die Hauptforderung war Sozialismus, und dann erst die Teilforderungen, wie Achtstundentag usw. Die Kommunisten sind für die Einheit der Arbeiterklasse, allerdings nicht für die Einheit zum Schutze der Kapitalisten, sondern zu deren Sturze. Deshalb haben die Kommunisten an den Ortsansässigen der freien Gewerkschaften den Antrag gerichtet, den 1. Mai gemeinsam mit den Gewerkschaften und auch den Sozialdemokraten, falls diese dazu bereit sind, zu begehen. Die Kommunisten fordern aber, daß Vertreter beider Parteien auf der Demonstrationshandgebund zu den Arbeitern sprechen, denn nur dadurch wird die Kundgebung als gemeinsamer Anmarsch aller Arbeiter kennlich, und nur dadurch, daß Redner beider Parteien sprechen, wird dem Bürgertum demonstriert, daß die Saganer Arbeiter gewillt sind in der Lage sind, gegen den Feind zu kämpfen. Der 1. Mai ist ein Kampftag. Deshalb fordern wir Kommunisten weiter, daß nur unter der erprobten roten Kampffahne demonstriert wird. Der 1. Mai ist ein politischer Kampftag, deshalb muß die Abendveranstaltung darauf angehalten werden. Kein Tanz! Tänze werden wir, wenn uns nach der Nachbereitung die Zeit dazu bleibt. Darum fordern die Kommunisten, daß eine Kommission aus Vertretern beider Richtungen gebildet wird, die das Abendprogramm feststellt. Das sind Forderungen, die jeder, der Wert auf die Einheit der Arbeiterklasse legt, erfüllen kann. Wir als Kommunisten haben kein Interesse an der Spaltung der Arbeiterklasse, denn nur die geschlossene Arbeiterklasse kann die Kapitalisten zwingen. Nur die Feinde des Sozialismus, die Feinde der Revolution, sind Freunde der Spaltung.

Zugleich aber erklären wir, daß dies die Mindestforderungen sind, die erfüllt werden müssen. Unter keinen Umständen werden sich die Kommunisten dazu hergeben, das Gesicht des 1. Mai zu verschleiern, aus einem Kampftag ein Tanzkränzchen machen zu lassen oder gar der kapitalistischen Republik Treue zu schwören. Wer den 1. Mai als Festtag betrachtet, der gibt damit kund, daß er die Ziele, deren Propagierung am 1. Mai in Paris 1889 beschlossen wurde, aufgegeben hat, daß er den Sozialismus aufgegeben hat. Da gibt es keine Gemeinschaft. In diesem Sinne appellieren wir an die Saganer Arbeiter. Unterstützt und agitiert überall, in den Betrieben, den Gewerkschaften, den Sportvereinen, bei den Erwerbslosen für unseren Antrag. Der 1. Mai 1929 soll die Saganer Arbeiterklasse geschlossen kampfbereit stehen.

Haynau

Achtung! Schulanfang! Der erste Schultag für die Lernanfänger ist nicht der 2. April, sondern der 10. April, um 9 Uhr. Wir möchten nochmals die Eltern darauf aufmerksam machen, ihre Kinder vom Religionsunterricht abzumelden. KPD-Karrieren. Am 19. März veranstaltete die Ortsgruppe Haynau des KPD eine wichtige Mitgliederversammlung, zu der alle Kameraden bestimmt erscheinen müssen. Die Gruppenführer haben ihre Kameraden einzuladen.

Goldberg

Der Rechtsanwalt Dr. Wobnig scheint Rutzger und Knechte als Menschen niedriger Art zu betrachten. Jedenfalls sprach er in einem Schreiben an das Amtsgericht Liegnitz, datiert vom 4. März, davon, daß niemand so fittlich verroht wäre wie Rutzger und Knecht. Herr Wobnig täte besser daran, solche Werturteile für sich zu behalten. Es zeugt von großer Leichtfertigkeit, einem bestimmten Herrschaft gewisse Eigenschaften anzuhängen. Was würde wohl der Herr Wobnig sagen, wenn ein Adelsritzer behaupten wollte, niemand sei so fittlich verroht wie die Rechtsanwälte?!

Grünberg

Folgen des Wohnungslebens! Zur Entbindung wurde hier eine noch nicht 14 Jahre alte Schülerin ins Krankenhaus gebracht. Schlechte Wohnungsverhältnisse tragen die Schuld an dem Vorkommnis. Die Ermittlungen nach dem Vater sind abgeschlossen.

Liegnitz

Berücksichtigung öffentlicher Gelder. Der Magistrat beantragte bei den Stadtverordneten, 12 300 Mark aus den Mitteln einer Denkmalsiftung zur Verfügung zu stellen. Die Stadtverordnetenversammlung hätte jedoch unter Einrechnung der Stiftungsmittel etwa 30 000 Mark für das Denkmal. Für sinnlose Steinhaufen hat man immer Geld. Nur wenn die Erwerbslosen Hüße beantragen, dann heißt es Geld, es sind keine Mittel da.

Oberschlesien Wählt revolutionäre Betriebsräte!

Warum Belegschaftsversammlungen zur Betriebsrätewahl?

Die Reformisten fürchten die Arbeiterversammlungen. Darum stellen sie ihre Kandidaten zur Betriebsrätewahl in der Dunkelkammer ausgefertigter Funktionärshaltungen auf.

Was die Reformisten fürchten, muß für die Arbeiter gut sein. Darum Aufstellung der Kandidaten in freier Arbeitersolidarität. Die Kollegen eines jeden Betriebes bestimmen selbst, wer ihr Betriebsrat werden soll. Sie wählen nur rote Betriebsräte.

Wer soll Betriebsrat werden? Nur solche Kollegen, die schon in der Vergangenheit bewiesen haben, daß sie gegenüber den Unternehmern Mächtigkeiten besitzen. Nur solche Kollegen, die es ablehnen, die Produktion auf Kosten der Arbeiter zu fördern. Nur solche Kollegen, die auch einen unerbittlichen Kampf gegen die verräterische Gewerkschaftsbürokratie führen.

Alle solche Betriebsräte, die in enger Harmonie mit der Betriebsleitung arbeiten, die jede arbeitserfindliche Haltung der Betriebsbeamten verteidigen, müssen in diesem Jahre herausgewählt werden.

Nur rote Betriebsräte an die Spitze der Belegschaften!

Warum beschimpfen die Reformisten die Unorganisierten?

Weil sie die Erhaltung einer großen Zahl von Unorganisierten wollen. Sie können dann die Schuld für die schlechten Arbeitsbedingungen, für den Abbruch der Lohnbewegungen oder die Abwägung von Streiks auf die Unorganisierten schieben.

Darum müssen die Unorganisierten in die Gewerkschaften einströmen und gemeinsam mit der Opposition die sozialdemokratischen Bürokraten bekämpfen. Die Opposition tritt dafür ein, daß auch Vertreter der Unorganisierten, da wo ihre Zahl ausschlaggebend für die Führung von Kämpfen ist, und die bereits in der Tat Schulter an Schulter mit den organisierten Kollegen gegen das Unternehmertum gekämpft haben, auf die Kandidatenliste zur Betriebsrätewahl gesetzt werden. Sie will die große Masse dieser Kollegen durch praktische Mitarbeit in den Betriebsräten in die Klassenfront der kämpfenden Proletarier einreihen.

Darum überall Belegschaftsversammlungen für rote Betriebsräte!

Zur Tagung der ober-schlesischen Zentrumsfrauen

Am 10. März hatte der Frauenrat der Zentrumspartei von Oberschlesien seine Generalversammlung. Nachmittags fand eine öffentliche Kundgebung statt, in welcher Landtagsabgeordnete Bleghal und Prälat Ullrich referierten.

Die ober-schlesischen Arbeiterfrauen dürften diese Kundgebung doch etwas interessieren, im Hinblick darauf, daß noch große Massen von arbeitenden Frauen von der Zentrumspartei ideologisch beeinflusst werden. Wer nun etwa glaubte, daß die beiden Referenten die Fragen der Tagesbedürfnisse der breiten Schichten des Volkes behandelten, täuschte sich. Fräulein Bleghal brachte in ihrem Referat „Zehn Jahre Republik“ eine chronologische Aneinanderreihung von politischen Vorwärtswörtern, seit 1918 und sagte u. a.:

„Zwei gefährlichen Fronten sah sich Deutschland gegenüber, die eine lautete Paris, die andere Moskau.“

Es war ein Ereignis von europäischer Tragweite, daß der Bolschewismus in Deutschland aufgeflogen wurde, was wäre aus Deutschland geworden?“

Was daraus geworden wäre, Fräulein Bleghal? Die kapitalistische Ordnung wäre zerschmettert worden, an ihrer Stelle hätten die Arbeiter und Bauern die Macht selbst in die Hand genommen und im Sinne und Interesse des arbeitenden Volkes gehandelt. Die kapitalistische Ordnung, die den Zentrumskapitalisten wie Schaffgotsch und Wallert zum Riesengeldverdiener läßt, die Arbeiter und die Lumpen jedoch aus ihrem Schwitz nur Pfennige verdienen lassen, diese Ordnung wäre zerschlagen worden. Fürwahr, das Schreckgespenst des Bolschewismus muß für die Kapitalisten und Fräulein Bleghal erschreckend wirken, nicht aber für die Arbeiter.

Woll es nun in Deutschland bei einem Erwerbslosenheer von drei Millionen auch noch so etwas wie eine soziale Frage gibt, meint Fräulein Bleghal:

„daß sich besonders auf sozialem Gebiet die Notwendigkeit des Ausgleichs der sich diametral gegenüberstehenden Interessen von Kapital und Arbeit, von Arbeitgeber und Arbeitnehmer notwendig mache. Wie sich Fräulein Bleghal diesen Ausgleich vorstellt? Daß die schwerreichen Kohlenindustriellen ihren Geldsack leeren und verteilen an die Arbeiter, die diese Profite schürfen? O nein, nur einen Ausgleich, wie er bis jetzt auch stattgefunden hat. Tägliches Schuften für geringe Entlohnung. Man hätte Gelegenheit genug, Fräulein Bleghal's Parteigenossen, den früheren Arbeitsminister Braun, jahrelang seine Schiedsprüche fällen zu sehen, die alle im „Ausgleich“ zugunsten der Arbeiter ausfielen.“

Demagogische Mädchen sind es, von einem Ausgleich zu sprechen, durch welche das proletarische Element im Zentrum an die Partei gefesselt werden soll. Und insbesondere den Massen der Arbeiterfrauen soll der Wind getrieben werden. Man braucht diese Massen bei Wahlen ja so notwendig, sagte doch der Prälat Ullrich bei der Kundgebung: „Die Zentrumsfrauen sollen auch weiter auf dem Posten sein, in diesem Jahre werde das Zentrum noch alle aufzufahren, wenn die Stunde der Pflicht, an der Urne zu erscheinen, geschlagen habe.“

Stimmlich sind die werktätigen Massen, und insbesondere die Frauen, durch welche das Zentrum weiter seine arbeitserfindliche Politik treiben will. Es ist für das Zentrum charakteristisch, daß es vor dem Krüge gegen das Frauenwahlrecht war. Der Zentrumskandidat Dr. Kaufmann erklärte 1914 im Reichstag, als diese Frage stand: „Ich bin mit meinen Freunden darüber vollständig einig, daß wir eine politische Vertretung der Frau im kommunalen und öffentlichen Leben nicht für ersprießlich halten und daher das Frauenwahlrecht ablehnen.“ — Demgegenüber sagte Herr Rektor Brzezina auf der Tagung am vergangenen Sonntag: „Wir anerkennen die besondere politische Mission der Frauen und wissen, daß die politische Kultur der Zukunft viel mehr in den Händen der Frauen liegt wie der Männer.“

So hat sich die Meinung der Zenträmmer geändert, und zwar weil die Frau als Wählerin dem Zentrum gute Dienste leistet. Die Statistik weist nach, daß viel mehr Frauen wie Männer die Zentrumspartei wählen, daß zum Teil auf 100 Männerstimmen 170 Frauenstimmen entfallen. Wie ist das möglich? Das Zentrum verfügt über den gesamten kirchlichen Apparat. Tausende von Schwarzrodern sind in den Diensten der kirchlichen Propaganda gestellt, die alle mit frommem Augenaufschlag die kapitalistische und Zentrumspolitik als die „gottgewollte“ hinstellen. Von der Kanzel herunter predigen die Pfarrer den Frauen, daß es Sünde sei, bei den Wahlen die Kommunisten zu wählen, im Beichtstuhl regeln sie die Fragen der Bevölkerungspolitik, indem sie den Frauen vorschreiben, wieviel Kinder sie gebären sollen. Diese Propaganda, die von Staats- und Steuergeldern bezahlt wird, befähigt die kapitalistischen und bürgerlichen Ideologen in den Köpfen des Proletariats.

Deshalb, Arbeiterin, Arbeiterhausfrau! Höre nicht auf den Wortschwall der Redensarten dieser Partei, sondern bewerte ihre Taten.

Sie wollen nicht, daß du das Wahlrecht erhältst! Sie ist gegen dich in den Fragen der Lohnverbesserung und der kürzeren Arbeitszeit, indem sie dir und deinem Mann den Lohn abzwängt und den kapitalistischen Riesengeldverdienern zufließt!

Sie ist gegen dich in der Frage des Abtreibungsparagraphen 218, sie ist für die härteste Zuchthausstrafe, wenn du dir ein Kind abtreibst, das du zur Welt bringen sollst, um es verhungern zu lassen.

Sie verhöhnt dich, indem der preussische Wohlfahrtsminister Hirtzfeldt für jedes zehnte Kind dir eine „Auszeichnung“ verspricht in Form einer Porzellanpuppe.

Sie ist für den Panzerkreuzerbau, der 80 Millionen kostet, aber gegen Kinderpeinigung die 5 Millionen kosten soll!

Sie treibt eine arbeitserfindliche Politik. Deshalb Aufklärung in die Reihen der Arbeiterfrauen getragen. Die Zentrumspartei hat Kapitalisten und Arbeiter in ihren Reihen. Es kann aber keine gemeinsamen Interessen der beiden Klassen geben und es gibt auch keine. Unversöhnlich sind die Gegensätze, es gibt nur eines für das Proletariat: Kampf!

Die Frauen haben in diesen Kämpfen eine entscheidende Rolle zugewiesen erhalten. Deshalb Kampf gegen das Zentrum und Kampf um die Frauen im Zentrum.

Gleiwitz

Auf zu den Werberversammlungen des RFB!

Am Dienstag, dem 19. März, 19 Uhr im Lokal von Kutschke, Stadtteil Petersdorf.
Am Donnerstag, dem 21. März, 19 Uhr im Lokal „Bürgerhof“, Stadtteil Tzengel.
Anschließend an das Referat des Gauverreters gelangt der Film „Viertes Reichstreffen des RFB“ zur Aufführung.
Werttätige, erscheint in Massen!

Hindenburg

Lichtbildervortrag

der Roten Hilfe am Mittwoch, dem 20. März, 19 Uhr in der Gemeindegaststätte Biskupitz und Mitgliederversammlung. Zur Deckung der Unkosten werden 20 Pf. Eintritt erhoben.
Die Mitglieder der RFB haben Sympathisierende mitzubringen.
Der Vorstand.

Miedhowitz

Abteilung, Ausrüstungsleiter

Der für den 13. März festgesetzte Kursabend ist nur deshalb nicht abgehalten worden, weil der Genosse Kurslehrer mit dem Omnibus nur bis Müllschlitz kam. Die Straße bis Müllschlitz verkehrt der Omnibus nur zeitweise, wegen der schlechten Chauffeeverhältnisse.

Der nächste Kursabend findet daher bestimmt am Mittwoch, dem 20. März, 19 Uhr im Lokal von Festl. Alle Kursabteilnehmer haben zu erscheinen!
Ortsleitung der RFB.

Neustadt

Man kann im Dreck unkommen

Neustadt, ein romantisches Städtchen mit seinen Patreschönheiten, welches im Sommer die Menschen aus der ganzen Provinz anlockt, und auch diesen Winter so manchem Sportler Gelegenheit gegeben hat, auf Skiern seinen Körper zu fühlen, steht jetzt bei dem anhaltenden Tauwetter weniger als schön aus. Berge von Schnee, durch den Schneeflug und von den Dächern angesammelt, füllen die Straßen, und es ist schwer möglich, daß zwei Fußweitere einander ausweichen können. Ein trauriges Bild liefern die Fische und die Topfstriche, welche nur von Arbeitern bewohnt werden. Während die Großstadt demüht ist, beartige Hindernisse zu beseitigen, scheint man in Neustadt auf die Gnade der Sonne zu warten. Wieviel Arbeit hätte könnten hier Beschäftigung haben, aber dazu ist kein Geld vorhanden. Für Patronate und den Bau von schwarzen Instituten ist man sehr gefreudigt. Der Magistrat mit seinem Zentrumspartiparlament, welches Beihilfen für die Erwerbslosen ablehnt, und den sogenannten Gewerkschaftsführern Wolf und dem Christen Felder, welche ihre politische Mitarbeit nicht genug loben können und gegen den kommunalistischen Antrag auf Beseitigung der Erwerbslosen mit Köhler stimmen, scheinen für das Wegschaffen des Schnees, um dadurch den Erwerbslosen Arbeit zu geben, kein Verständnis zu haben.

Auf den Straßen des Kreises sieht es nicht anders aus, wo der Schnee bis zu Meterhöhe liegt. Als eine Eingabe in der „Neustädter Zeitung“ gemacht wurde, den Schnee wegräumen zu lassen, wurde geantwortet, daß der Preis nicht mehr in der Lage ist, Selber auszugeben.

Die arbeitende Bevölkerung ist gezwungen, in dem Dreck unserer Straßen zu waten. Die obere Bürokratie der Stadtverwaltung führt im Auto, und die Proleten haben noch dabei das Vergnügen, Dreckspitzer zu bekommen.

Oppeln

Sind Jahrmärkte überflüssig?

Vom Reichsverband ambulanten Gewerbetreibender wird uns geschrieben:

Wie bekannt, wird leider ab nächsten Jahres der Sommer-Jahrmarkt aufgehoben. Wer den am letzten Dienstag stattgefundenen Jahrmarkt beobachtet hat, dürfte festgestellt haben, welche Angelegenheit ein solcher Markt auf die ländliche Bevölkerung hat und daß arbeitslautende Behauptungen, daß Jahrmärkte ungeeignet sind, nicht zutreffen. In Massen strömte die Landbevölkerung, aber auch große Teile der Stadtbevölkerung, am Wilhelmplatz zusammen. Die finanzielle Auswirkung hat bestimmt die Zufriedenheit aller beteiligten Kreise gefunden. Die Kaufkraft war groß, und es bedeutete dieser Jahrmarkt für viele Markt, aber auch stehende Gewerbetreibende, nach dem langen Winter eine Hebung des Geschäftes. So mancher Gegner der Jahrmärkte dürfte wohl für die Zukunft ein Freund dieser Märkte geworden sein, da nach eigenen Angaben Gewerbetreibende, die mit dem Wesen der Jahrmärkte wenig Fühlung haben, ebenfalls Vorteile zu verzeichnen hatten.

Von unserer Seite stellen wir gern fest, daß der Wilhelmplatz als Marktplatz durchaus geeignet ist. Wir wollen jedoch die Stadtverwaltung auf einige Mängel hinweisen, für deren Abhilfe im Interesse aller Beteiligten dringend gefordert werden müßte.

1. Hätte der Platz vor einigen Tagen einer besseren Reinigung unterzogen werden müssen, damit nicht, wie gesehen, viele Marktbesucher durch die infolge des Tauwetters erzeugte Schlamm mit den Füßen ungewollte Bekanntschaft machten.
2. Fehlt am Wilhelmplatz oder in dessen unmittelbarer Nähe ein Bedürfnishäuschen, da durch die Zusammenballung so vieler Menschen das Häuschen am Karlsplatz wie auch die Wirtin in der Nähe befindlichen Gastwirtschaften vollständig unzureichend waren.
3. Über die Verbindung zwischen Wilhelmplatz und Ring über die Adalbertstraße. Gerade diese Frage ist doch schon seit Jahren debattiert worden. Wie seitens des Magistrats erst vor einiger Zeit erklärt wurde, sind die Vorarbeiten längst erledigt, nur fehlte die Zustimmung seitens der Besitzer des Geländes für diesen Verbindungsweg.

An alle RFB-Ortsgruppen

Die illustrierte Zeitung „Fünf Jahre Roter Front-Lämperbund“ ist beim Rot-Front-Verlag sofort zu bestellen. Lieferung erfolgt nur gegen Nachnahme.

Die Gauführung

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 16. 3. bis Sonnabend, den 23. 3.
täglich 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?
Komödie von W. Somerset Maugham
Dienstag, 19. 3., 15.30 Uhr
(Geschlossene Schüler-Vorstellung für den Magistrat der Stadt Breslau)
Minna von Barnheim

Schauspielhaus
Operettenbühne Tel. 36300
Sonntag, den 24. 3., 15.30 (nachm. 3.15) Uhr
Das Dreimäderlhaus
Sonnabend, den 23. März, 20 Uhr
Gastspiel
KLARA KARY
am „Theater am Hollendorffplatz“, Berlin
Zum ersten Male:
Zettchen Gebert
Musik von Walter Rolfo
(Parkett Nr. 3. — usw.)

Inserate
haben in unserer Zeitung **besten Erfolg**

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Montag 20 Uhr
Der Waffenschmied
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie A 15
Die schöne Helena
Mittwoch, 19.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie B 15
Das Obovanni
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 15
Der Niegende Hahndr
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 15
Der Posten von Konstantin
Gierauf: Ballettfolge von Regner
Sonnabend, 20 Uhr
Die schöne Helena
Sonntag, 11.30 Uhr
Vormittags-Vorstellung zu ermäßigten Preisen (Gr. 1)
Spiel der Wäubens-Du ac, Desjar
Tanz — Pantomime — Stetsch
Sonntag, 19 Uhr
Erführung von Fürst Igor von Borodin

Ich beabsichtige, meine Handakten in den bis einschl. 1923 beendeten Prozessen zu vernichten. Anträge an Aufhändigung bitte ich bis 25. März an mich zu richten.
Simon, Rechtsanwalt u. Notar
Breslau, Gartenstraße 65

Amtl. Bekanntmachung von Seitendorf
Am Montag, dem 18. März 1928, 8. Uhr, findet im Gasthof zur Post hierseits eine **Öffentliche Gemeindevertreter-Sitzung** statt.
Seitendorf, den 15. März 1928
Der Gemeindevorsteher
Gartwig

Öffentliche Bekanntmachung von Weißstein
Laut Beschluß der Gemeindevertretung vom 18. Dezember 1928 werden für das Rechnungsjahr 1928 an Berufsschul-Beiträgen erhoben:
a) von den Gewerbetreibenden für jeden in ihren Betriebsstätten im Gemeindebezirk beschäftigten Arbeiter und Angestellten ein Betrag von 1.— RM.
b) von den nichtgewerbetreibenden Arbeitgebern für jeden von ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten, soweit die Jugendlichen der einzelnen bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestelltengruppen berufsschulpflichtig sind, ein Betrag von 1.— RM.
c) freiwillige Schüler haben für die Jahresunterrichtsstunde ein Schulgeld von 0.50 RM, freiwillige auswärtige von 0.60 RM. zu zahlen.
Weißstein, den 18. März 1928
Der Gemeindevorsteher
Fertwig

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung
Wäsche und Konfektion
eigener Herstellung — Gelegenheitsposten
S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10

Genossen! Berücksichtigt beim Einkauf von Waren nur unsere Inserenten!

Grünberg

August Litzke
Beste Bezugsquelle von Trauben- und
Beerenweinen, Spirituosen aller Art.

Triest die wohlbelämmlichen
Grünberger
Bergschloß-Biere

Möbel Fabrik
65/66 Niederstraße 65/66
Kun. Sahlungs-Verleumdung

Urselb Dürchardt, Oberdorfstraße 15
Schirme :: Herren-Kittel

G. Piesch, Alt-Deffeler Straße 16
Billig. Bezugsquelle v. Lebensmitteln

Großes Lager veller Schuhwaren
W. Bierus, Niederstraße 10/11

Wäckerl - Kabinett
Otto Hoffmann, Rumburger Straße 1

Uhren und Goldwaren
Eigene Reparaturwerkstatt

Uhren und Goldwaren
Wahlbarbare, Schallplättchen

G. Gebhardt, Ring 9
Herren-, Knaben- u. Berufsbeleidung

Manufaktur-, Weiß- und Wollwaren
Aug. Gürnth

Manufaktur-, Weiß- und Wollwaren
Aug. Gürnth

Leinenhaus, E. Herrmann
57 Berliner Straße 57

Wäsche, Tricotagen, Strumpfwaren
Theodor Gildebrandt, Berliner Str. 4

Karl Völcker, Berliner Straße 17
Allenwaren :: Werkzeuge

Gustav Staub, Ring 35
Beste Bezugsquelle für

G. Gurle, Alt-Deffeler Straße 1
Brot- und Feinbäckerei

Fritz Gutsch, Breite Straße 13
Fahrräder, Nähmaschinen, Rep. Werkstatt

Photo-Gasse / Breite Straße 15
Keller Photo-Spezialgeräte

Kaulhaus Bornstein
bekannt für gute Waren
zu niedrigsten Preisen

Paul Mohr, Niederstraße 10a
Großes Lager in Papier- u. Schreibwaren

Kunella Gold
mit den wertvollen
Kunella Woll

Radio - Malz
Große Rischstraße 15
Komplette Anlagen gegen bequeme Zahlungs

Jug. M. Bielsch
Radiofachgeschäft :: Elektroartikel

Rittelmann & Ansel, Postplatz 15 a
Glas, Porzellan, Haus- und Küchengeräte

Stuhrmann
Ring 21/22 Ring 21/22
Das Haus für Herren- und Knabenbeleidg.

Trinkt die wohlbelämmlichen
„Obus“-Biere

H. Fleisch- und Wurstwaren
empfehlen W. Seitzer, Niederstraße 10/11

H. Fleisch- und Wurstwaren
empfehlen W. Seitzer, Niederstraße 10/11

O. Pose Nachf.
W. Zillmer
reinigt, läßt, wäscht

Walter Germer
Breite Str. 21
Kolonialwaren

Beerdigungs-
Institut
Paul Kleint

W. Grau
Damen-Konfektion
Aussteuer-Waren

Spielwaren
empfehlen
Geschwister
Franko

F. Lieblich
Ring 10
Stahlwaren

Roschlächterei
Brose
Berliner Str. 76

Lederwaren
Spez. Gesäml
reichh. Auswahl

Sagan

Jda Seifert Nachf.
Keplerstr. 13
Wollwaren, Wäsche

Ernst Ramtke
Schuhwaren
Keplerstr. 55

Alois Hampel, Waldenberger Straße
Jah. Jgung Bender

Fahrrad-Schulz
Freystädter Straße 18
Nähmaschinen / Sprechapparate

Gepfel „Deutscher Kaiser“
Jah. Oswald Siegert
Halte meine Vorkäufte der

Die Saganer
Zentral-Molkerei
empfehlen für Ihren wertv. Rundbrot

Preisweil-Pionie
Solinger Spielwaren
Schloßhof

Markt
Nr. 40

GEBRÜDER AUDORFF
Grammophon / Schallplatten / Musik-
instrumente

Fritz Skupin, Ring 35
Herren- und Knabenbeleidung

Trinkt einheimisches Bier
der Brauerei Bergschloßchen AG.

Brandt & Wegner / Sagan
Ecke Hohe Straße / Ecke Keplerstraße

Schuhwaren, Reparaturwerkstatt
Schuhmachermeister B. Glöck

Carl Unger, Replerstraße 20
Wäsche - Bettfedern

Gasthaus Domke, Halbauer Str. 4
Empfehlenswerte Gaststätte

Bränerie „Tivoli“
M. Baubach
Karamell- und Einfachbier

CENTRAL-THEATER
Sorauer Str. 10. Dort sieht ihr die besten Filme

B. Zindler, Meinnsch Nachf., Sorauer Straße Nr. 24
Das Lebensmittelhaus der volkstümlichen Preise!

J. Romat, Ederstraße 9
Fleisch- und Wurstwaren

J. Raschig, Fischendorfer Straße 14
Lebensmittel

ELSE HOFFMANN
Stadtwiese 2, nahe der Post
Lamen-, Herren- und Kinderwäsche

Willy Reichelt, Lebensmittelh. haus
Ring 42 und Sprottauer Straße 55

Brand & Klaus / Elektrizität und Gas
Beleuchtungskörper, Radio

Brand & Klaus / Elektrizität und Gas
Beleuchtungskörper, Radio

M. Michaelis, Ring 33, Wäschehaus
Wäsche - Tricotagen - Wollwaren

Thiele & Nalbig, Sorauer Straße 19
Lederhandlung

Restaurant „Zur Weintraube“
Ludwigsplatz 1 / Verkehrslokal

Restaurant „Zur Weintraube“
Ludwigsplatz 1 / Verkehrslokal

Brand & Klaus / Elektrizität und Gas
Beleuchtungskörper, Radio

Brand & Klaus / Elektrizität und Gas
Beleuchtungskörper, Radio

Landeshut (Schles)

Georg Kühne - Bogelsdorf 2
Feine Fleisch- und Wurstwaren

Paul Fischer - Markt 19
Kolonialwaren, Restauration, ff. Wäre u. Wein

Hirschberg

Reserviert Nr. 36
Hirschberg - Cunnersdorf
Erich Raabe empfiehlt seine

Hirschberg

E. Türk
Schloßbahn - Str. 1
Wäsche

Petersdorf

Germann Lichter, Kolonialwarenhand
Weine - Spirituosen - Küchengeräte

Münsterberg

Trinkt einheimisches Bier
Stadtbrauerei Ritzsch

Ausflugslokal Burgberg
Angenehmer Familienaufenthalt

+ Drogerie B. Krause +
Böhmische Straße 24

Hirschberg Psch.
R. Wolffsdorf, Portengasse 1
Schuhwaren - Reparaturen

Schmiedeberg
JOHANN LINDNER
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

„Gerichtstreichsam“
Angenehmer Familienaufenthalt

Fritz Kuntzsch
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Erich Alfred Krebs, Kornstraße 9
Kolonialwaren

Carl Thulmann, Markt 28-39
Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel

Herren- und Jünglings-Konfektion
Belleidungshaus Jah. Max Heyer

Werkhild Köling
ff. Fleisch- und Wurstwaren

ELIAS & HAHN
Fahrräder / Kraftfahrzeuge / Reparaturen

Berthold Schwab
Seifen- und Wachswarenfabrik

Josel Hübner - Benderstraße 27
Kolonialwaren

Erich Friedrich, Oberthor 1
Kolonialwaren, Tabakwaren

Herrmann Hirschfeld
Textilwaren jeder Art

Glogau
Skobel / Lange Straße 15
Zigaretten - Zigaretten - Tabake

Max Wunsch - Petersdorf 223
Schuhwaren und Reparaturwerkstatt

Neusalz a. d. O.
August Ansel, Friedrichstraße 29

Fritz Beyer, Ruffenstraße, Bismarck-
straße 10 - Kolonialwaren, Feinbrot

W. Bruchmann, Greiffenberger Str. 11
Fleisch- und Wurstwaren

Albert Hedert, Markt 52
Hüte und Mägen

Lauban
Anton Bilg - Nikolaistraße 23
Nähmaschinen, Küchengeräte, Kolonialwaren

Georg Weferich
Kolonialwaren, Tabak und Zigaretten

Beste Bezugsquelle sämtlicher
Kolonialwaren und Spirituosen

GUSTAV HAACKE
Damen- u. Herrenbekleidung

Max Seeger, Giechstraße 29
Kolonialwaren, Haus- und Küchengeräte

Herrmann Hirschfeld
Textilwaren jeder Art

Emil Bochmann, Nicolaistr. 5
Arbeiterbekleidung

Gasthaus zur „Sonne“
Treff der Arbeiterschaft

M. Zuckermann Markt 2
Herren, Knaben- und Berufsbeleidung

Eleonore Bernig / Ruffenstraße
Damen- u. Herren-Konfektion

Rosa Kluge
Damen-, Mädchen-, Kinder-
Hüte - Mägen

Waldemar Gatterert
Kolonialwaren - Spirituosen

Hermsdorf - Rynast
Gepfel „Schneegewinn“
Berkehrslokal der Arbeiterschaft

Willym Friedrich
ff. Fleisch- und Wurstwaren

A. Krause
das neue Geschäft
für Wäsche, Woll- und Angewaren

Kaulhaus Gustav Sici Nachf.
Ind. Wilhelm Fritsch / Kirchstraße 12
Belleidungshaus

J.L. Pariser's Wwe.
Haus-, Bett- und Bekleidg.

Julius Albrecht
Fahrräder, Nähmaschinen, Reparaturwerkstatt

Waldemar Gatterert
Kolonialwaren - Spirituosen

Carl Seidel - Ringgasse 1
Manufaktur - Wäsche - Purwaren

Max Jordan
Friedrichstraße 50
Herren- und Damen-Konfektion

Sie
haben
günstig
bei

Kaufhaus
Dittorf

PAUL WITTIC
Fahrräder - Motorräder

Waldemar Gatterert
Kolonialwaren - Spirituosen

Billig und gut kaufen Sie
Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung, Wäsche

Billig und gut kaufen Sie
Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung, Wäsche

Billig und gut kaufen Sie
Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung, Wäsche
Trikotagen, Wollwaren, Berufsbekleidung bei
Adolf Schindler, Markt 36